

Schaffhauser Abstimmungs-Magazin

zur Volksabstimmung
vom 7. März 2010

Änderung der Kantonsverfassung

vom 9. November 2009

Justizgesetz

vom 9. November 2009

Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 (Friedensrichteramt) des Justizgesetzes vom 9. November 2009 (Variante)

vom 9. November 2009

Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes

(Definitive Überführung einzelner Dienststellen in die wirkungsorientierte
Verwaltungsführung [WoV])

vom 17. August 2009

- **Änderung der Kantonsverfassung**
- **Justizgesetz**
- **Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 (Friedensrichteramt) des Justizgesetzes vom 9. November 2009 (Variante)**

In Kürze	Seite	2
Zur Sache	Seite	4
Erwägungen des Kantonsrates	Seite	11
Beschlüsse des Kantonrates	Seite	13

Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Definitive Überführung einzelner Dienststellen in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung [WoV]) vom 17. August 2009

In Kürze	Seite	62
Zur Sache	Seite	64
Erwägungen des Kantonsrates	Seite	69
Beschluss des Kantonsrates	Seite	71

– **Änderung der Kantonsverfassung**

vom 9. November 2009

– **Justizgesetz**

vom 9. November 2009

– **Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 (Friedensrichteramt) des Justizgesetzes vom 9. November 2009 (Variante)**

vom 9. November 2009

Der Bundesrat wird voraussichtlich per 1. Januar 2011 die Schweizerische Strafprozessordnung, die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung und die Schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft setzen. Damit entfällt die Kompetenz der Kantone, in diesen Bereichen eigene Bestimmungen zu erlassen, ausser das neue Bundesrecht räume den Kantonen ausdrücklich eine Regelungskompetenz ein. Nach wie vor verbleibt die Regelung der Organisation der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden in der kantonalen Zuständigkeit, wobei das Bundesrecht auch hier Vorgaben macht. Ebenfalls kantonal zu regeln ist das Tarifwesen, welches die Kosten und

die Gebühren im Straf- und im Zivilprozess festlegt. Das bisherige kantonale Prozessrecht kann somit zwar zu einem grossen Teil aufgehoben werden, aber es verbleibt ein Teil des Ausführungsrechts, das kantonal zu regeln ist. Bisher befanden sich diese Bestimmungen in den verschiedensten Erlassen. Die kantonalen Bestimmungen zum Organisations- und Prozessrecht werden nun im neuen Justizgesetz übersichtlich und systematisch geregelt. Damit ist eine Änderung der Kantonsverfassung verbunden.

Mit dem Justizgesetz wird das vom Bund vorgeschriebene Staatsanwaltschaftsmodell schlank umge-

setzt. Verkehrsstrafamt, Untersuchungsrichteramt und Jugendanwaltschaft werden organisatorisch zu einer Behörde zusammengeführt. Die bisherigen Untersuchungsrichter führen neu als Staatsanwälte die ihnen zugeteilten Verfahren grundsätzlich von A bis Z selbstständig.

Die Anpassung ans Bundesrecht war Anlass, weitere Korrekturen vorzunehmen: Am Obergericht werden bestimmte Fälle künftig von Einzelrichtern behandelt, womit eine Effizienzsteigerung angestrebt wird. Die Beurkundungen im Gesellschaftsrecht erfolgen neu nicht mehr durch das Kantonsgericht, sondern durch das Handelsregisteramt. Dadurch erfolgen Beurkundung und Eintragung aus einer Hand.

Auch im Bereich des Friedensrichterwesens erfolgt eine Reorganisation: Die Friedensrichter haben eine grössere Verantwortung, da sie neu vermitteln, sondern bis zu einem bestimmten Streitwert auch Entscheide fällen. Im Justizgesetz werden deshalb die Friedensrichterämter zusammengefasst (höchstens vier Friedensrichterkreise). Dadurch bleibt die Qualität der Friedensrichterentscheide trotz der gestiegenen

Anforderungen erhalten. Da die Frage nach der Anzahl der Friedensrichterkreise umstritten ist, unterbreitet der Kantonsrat den Stimmberechtigten neben dem Justizgesetz das Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 des Justizgesetzes (Variante), bei dessen Annahme es im Kanton Schaffhausen nur noch einen Friedensrichterkreis geben wird.

Der Kantonsrat hat der Änderung der Kantonsverfassung und dem Justizgesetz mit 54 zu 0 Stimmen zugestimmt. Als separate Abstimmungsfrage wird den Stimmberechtigten im Bereich der Organisation des Friedensrichterwesens eine Variante unterbreitet. Dabei hat der Kantonsrat der Hauptvorlage mit vier Friedensrichterkreisen gegenüber der Variante mit nur einem Friedensrichterkreis mit 41 zu 14 Stimmen den Vorzug gegeben.

Der Kantonsrat empfiehlt Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, der Änderung der Kantonsverfassung und dem Justizgesetz zuzustimmen und das Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 des Justizgesetzes (Variante) abzulehnen.

I. Einleitung

Der Bundesrat wird voraussichtlich per 1. Januar 2011 die Schweizerische Strafprozessordnung, die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung und die Schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft setzen. Damit entfällt die Kompetenz der Kantone, in diesen Bereichen eigene Bestimmungen zu erlassen, ausser das neue Bundesrecht räume den Kantonen ausdrücklich eine Regelungskompetenz ein. Nach wie vor verbleibt die Regelung der Organisation der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden in der kantonalen Zuständigkeit, wobei das Bundesrecht auch hier Vorgaben macht.

Ebenfalls kantonal zu regeln ist das Tarifwesen, welches die Kosten und die Gebühren im Straf- und im Zivilprozess festlegt. Das bisherige kantonale Prozessrecht kann somit zwar zu einem grossen Teil aufgehoben werden, aber es verbleibt ein Teil des Ausführungsrechts, das kantonal zu regeln ist. Bisher befanden sich diese Bestimmungen in den verschiedensten Erlassen. Die kantonalen Bestimmungen zum Organisations- und Prozessrecht werden nun im neuen Justizgesetz übersichtlich und systematisch geregelt. Damit verbunden ist eine Änderung der Kantonsverfassung.

II. Änderung der Kantonsverfassung

Aufgrund der neuen schweizerischen Prozessgesetze und der geplanten Änderungen im kantonalen Recht (Justizgesetz) sind einzelne Verfassungsänderungen vorzunehmen, insbesondere im Bereich des Friedensrichterwesens. Dazu ist eine obligatorische Volksabstimmung durchzuführen.

Gemäss Art. 75 Abs. 1 der Kantons-

verfassung oblag die Wahl der Friedensrichter bisher den Gemeinden. Das Friedensrichterwesen soll nun reorganisiert werden (maximal vier Friedensrichterkreise, Wahl der Friedensrichter durch den Kantonsrat). Die Regelung des Friedensrichterwesens soll nicht mehr in der Verfassung, sondern im Gesetz erfolgen, wie dies für die anderen Schlichtungsstellen ebenfalls der Fall ist.

Zudem wird die Motion von Eduard Joos, Schaffhausen, umgesetzt: Neu müssen die Richter am Kantons- und am Obergericht ihren Wohnsitz nicht schon bei der Wahl, sondern erst ab Amtsantritt im Kanton

Schaffhausen haben. Dies ermöglicht eine grössere Auswahl.

Im Übrigen sind weitere, geringfügige Verfassungsänderungen vorzunehmen.

III. Justizgesetz

1. Organisation der Staatsanwaltschaft

Neben dem einheitlichen schweizerischen Prozessrecht braucht es zur wirksamen Verbrechensbekämpfung auch ein einheitliches Strafverfolgungsmodell. Der Bund macht deshalb auch in den Bereichen, welche von den Kantonen zu regeln sind, gewisse Vorgaben und schreibt das Staatsanwaltschaftsmodell vor. Charakteristisch dafür ist das Fehlen eines Untersuchungsrichters: Neu leitet die Staatsanwaltschaft das Vorverfahren, führt die Untersuchung, erhebt die Anklage und vertritt diese auch vor Gericht. Die bisherigen Untersuchungsrichter führen somit neu als Staatsanwälte die ihnen zugeordneten Verfahren grundsätzlich von A bis Z selbstständig, das heisst, sie führen nicht nur die Untersuchung, sondern erheben auch Anklage und

vertreten diese vor Gericht. Dadurch wird die Effizienz in der Strafverfolgung erhöht.

Das Staatsanwaltschaftsmodell wird im Kanton Schaffhausen wie folgt umgesetzt: Das Verkehrsstrafamt, das Untersuchungsrichteramt, die Jugendanwaltschaft und die bisherige Staatsanwaltschaft bilden die neue Staatsanwaltschaft, das heisst, sie werden organisatorisch zu einer einzigen Behörde zusammengeführt. Damit eine einheitliche Praxis sichergestellt wird, erhält die Staatsanwaltschaft eine Geschäftsleitung, bestehend aus dem Ersten Staatsanwalt und den drei Abteilungsleitern (Leitende Staatsanwälte). Die Gesamtleitung obliegt dem Ersten Staatsanwalt.

Die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft wird dem Regierungsrat über-

tragen. Der Grund liegt darin, dass die Staatsanwaltschaft keine richterliche Behörde ist, sondern den Strafanspruch des Staates vertritt. Zudem lag schon bisher die Aufsicht über den Polizeirichter (Verkehrsstrafamt) und den Staatsanwalt beim Regierungsrat. Wahlorgan bleibt nach wie vor der Kantonsrat.

2. Organisation der Gerichte

2.1 Allgemeines

Mit dem Justizgesetz werden die Bundesvorgaben schlank umgesetzt. Auf die Schaffung von Spezialgerichten wird verzichtet, das heisst, die Aufgaben des Jugendgerichts und des Zwangsmassnahmengerichts werden vom Kantonsgericht wahrgenommen. Neu wird die Organisation der Gerichte einheitlich und systematisch im Justizgesetz geregelt. Materiell lehnt sich das Justizgesetz weitgehend an die bisherige kantonale Regelung an. Die wichtigsten Änderungen werden nachfolgend erläutert.

2.2 Friedensrichteramt

Nach geltendem Recht ist der Friedensrichter ausschliesslich vermittelnd tätig. Aufgrund des geänderten

Bundesrechts erhält er eine viel bedeutendere Stellung und Verantwortung. Neu kann der Friedensrichter von Bundesrechts wegen bei einem Streitwert bis Fr. 5'000.– einen Urteilsvorschlag unterbreiten und bei einem Streitwert bis Fr. 2'000.– auf Antrag der klagenden Partei materiell entscheiden. Der Friedensrichter wird dadurch vom Schlichter zum Richter, was erhöhte fachliche Fähigkeiten und eine grössere Routine voraussetzt.

Gestützt auf die Vorgaben des Bundesrechts ist es für den Regierungsrat wie auch für den Kantonsrat klar, dass eine Organisation nach Gemeinden nicht mehr möglich ist. Für eine Lösung mit mehreren Friedensrichterkreisen sprechen die Kundennähe und die Vertrautheit der Friedensrichter mit der Region. Gleich wie bei der schon bisher gültigen Regelung der Betreuungskreise legt das Gesetz die Höchstzahl der Friedensrichterkreise fest und der Regierungsrat teilt die Gemeinden den Kreisen zu, wobei die jeweiligen Kreishauptorte die Kosten für die Amtsräume und das Mobiliar sowie für die Kanzlei tragen. Auch wenn die genaue Kreiseinteilung noch nicht festgelegt ist, hat der Regierungsrat in seiner Botschaft an den

Kantonsrat dargelegt, dass er folgende Regelung vorsieht:

- Kreis Schaffhausen mit Barga, Beringen, Buchberg, Merishausen, Neuhausen am Rheinfeld, Rüdlingen und Schaffhausen;
- Kreis Stein am Rhein mit Buch, Hemishofen, Ramsen und Stein am Rhein;
- Kreis Reiat mit Büttenhardt, Dörfingen, Lohn, Stetten und Thayngen;
- Kreis Klettgau mit Beggingen, Gächlingen, Guntmadingen, Hallau, Löhningen, Neunkirch, Oberhallau, Schleithem, Siblingen, Trasadingen und Wilchingen.

Vom juristischen und organisatorischen Standpunkt aus betrachtet hat die Schaffung nur eines Friedensrichterkreises folgende Vorteile: Es braucht weniger Amtsräume, die EDV-Lösung ist bedeutend günstiger, Stellvertretung, Kommunikation und fachlicher Austausch sind leichter möglich.

In beiden Fällen soll es nach wie vor auch Laien möglich sein, das Amt auszuüben.

Da die Frage der Einteilung der Friedensrichterkreise umstritten ist, findet eine Variantenabstimmung statt.

Über die Anzahl der Friedensrichterkreise kann separat abgestimmt werden: Wer mehrere (höchstens vier) Friedensrichterkreise will, der stimmt JA bei der Verfassungsänderung und JA beim Justizgesetz, hingegen NEIN beim Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 des Justizgesetzes. Wer nur einen Friedensrichterkreis will, der stimmt JA bei der Verfassungsänderung, JA beim Justizgesetz und JA beim Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 des Justizgesetzes.

2.3 Kantonsgericht

Der Kompetenzrahmen des Kantonsgerichts im Bereich der Zivilrechtspflege bleibt erhalten.

Im Bereich der Strafrechtspflege übernimmt das Kantonsgericht neu die Aufgaben, welche bisher vom Jugendgericht wahrgenommen wurden. Neu schreibt der Bund die Schaffung eines so genannten Zwangsmassnahmengerichts vor. Es ist zuständig für die Anordnung der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie für die Genehmigung von geheimen Überwachungsmassnahmen. Da schon heute der Einzelrichter des Kantonsgerichts zuständig ist für die Überprüfung der Un-

tersuchungshaft, der einschneidendsten Zwangsmassnahme also, drängt es sich auf, die Aufgaben des Zwangsmassnahmengerichts dem Einzelrichter des Kantonsgerichts zuzuweisen.

2.4 Einzelrichter am Obergericht

Abgesehen von den besonderen Zuständigkeiten, welche dem Präsidenten des Obergerichts zukommen, tagt das Obergericht heute in Kammern oder als Gesamtgericht. Neu sollen am Obergericht Einzelrichter zum Einsatz kommen, allerdings nur in einem eng umschriebenen Sachbereich, insbesondere bei Fällen von eher untergeordneter Bedeutung. Die Parteien haben zudem in der Regel das Recht, von sich aus eine Behandlung durch die Kammer zu verlangen (z.B. in Eheschutzangelegenheiten). Die Rechtsmittel in der Verwaltungsrechtspflege (somit auch bei der fürsorglichen Freiheitsentziehung) und die Haftbeschwerden werden nach wie vor von der Kammer behandelt.

3. Wahlvorbereitungskommission

Heute haben der Regierungsrat (Wahl von Staatsanwalt und Polizei-

richter) und das Obergericht (Wahl der Untersuchungsrichter) ein Vorschlagsrecht. Die Richterwahlen hingegen werden von der Justizkommission vorbereitet. Die Wahl selbst nimmt jedoch in allen Fällen der Kantonsrat vor. Neu ist vorgesehen, das Vorbereitungsverfahren durch die Schaffung einer Wahlvorbereitungskommission zu vereinheitlichen. In dieser haben nicht nur Vertreter des Kantonsrates, sondern auch weitere Personen Einsitz, allerdings ohne Stimmrecht. Der Regierungsrat und der Kantonsrat erhoffen sich dadurch bei der Vorbereitung der Justizwahlen eine stärkere Gewichtung der fachlichen Eignung der Bewerber. Für die Wahl selbst ist nach wie vor der Kantonsrat zuständig.

4. Änderungen und Aufhebungen kantonaler Gesetze und Dekrete

Heute finden sich die Bestimmungen zum Organisations- und zum Prozessrecht in der Kantonsverfassung sowie in verschiedenen Gesetzen, Dekreten und Verordnungen. Diese historisch gewachsene Organisation hat teilweise zu einer ungleichen und unübersichtlichen Regelung geführt. Dank dem Justizgesetz wird es

möglich, diese Bestimmungen in ein neues und übersichtliches System zu überführen. Dadurch können verschiedene Gesetze und Dekrete aufgehoben werden. Einzelne Gesetze müssen angepasst werden. Nachfolgend die wesentlichen Änderungen, welche über eine reine Anpassung der Terminologie beziehungsweise über eine Festschreibung der Praxis hinausgehen:

4.1 Gesetz über den Kantonsrat

Mitglieder des Kantonsrates können für ihre Äusserungen im Kantonsrat nur dann strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn der Kantonsrat mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. Diese Regelung wird auf die Mitglieder des Regierungsrates und des Obergerichts sowie auf den Staatsschreiber ausgedehnt, soweit es sich um Äusserungen im Kantonsrat handelt.

4.2 Anwaltsgesetz

Die Kantone legen die Anforderungen für den Erwerb des Anwaltpatents fest. Es sollte deshalb möglich sein, bei einem Wegfall der Voraussetzungen das Patent auch wieder entziehen zu können. Im kantonalen Recht besteht diesbezüglich eine

Lücke, welche hiermit geschlossen wird.

4.3 Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch

Die öffentlichen Beurkundungen im Gesellschaftsrecht erfolgten bisher durch den Einzelrichter am Kantonsgericht. Neu ist dafür das Handelsregisteramt zuständig. Der Grund liegt darin, dass es sich beim Beurkundungswesen um eine nichtrichterliche Tätigkeit handelt und das Handelsregisteramt aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit über ausgewiesene Kenntnisse im Gesellschaftsrecht verfügt. Neu können somit alle öffentlichen Beurkundungen im Verwaltungsgebäude Mühlental vorgenommen werden.

Die Aufhebung und die Anpassung zahlreicher Verordnungen erfolgen nach der Volksabstimmung.

5. Finanzielle Konsequenzen

Es ist davon auszugehen, dass die schweizerischen Prozessgesetze kostenneutral umgesetzt werden können und nach einer gewissen Übergangszeit mit einer Reduktion der Kosten zu rechnen ist. Die Kan-

tonalisierung des Friedensrichterwesens ist vom Bund nicht vorgeschrieben. Hier entstehen für den Staatshaushalt Mehrausgaben, welche durch die Reorganisation der Staatsanwaltschaft teilweise gedeckt werden. Wie gross der Mehraufwand für den Kanton ist, lässt sich schwer abschätzen, da nicht klar ist, wie gross der Synergiegewinn bei der Staatsanwaltschaft sein wird. Durch die Neuregelung des Friedensrichterwesens werden die Gemeindehaushalte entlastet, da die Besoldungskosten für die Friedensrichter neu beim Kanton anfallen werden. Bei einer Regionallösung werden allerdings die Kreishauptorte die Kosten für die Amtslokale zu tragen haben. Über den ganzen Kanton gesehen ist die Justizgesetzvorlage somit kostenneutral.

Die mit dem Justizgesetz vorgenommene Reorganisation blieb im Kantonsrat im Grundsatz unbestritten, sodass dem Gesetz in der Schlussabstimmung mit 54 zu 0 zugestimmt wurde.

Es wurden lediglich einzelne Punkte kontrovers diskutiert, so etwa die Regelung der Vorbereitung der Justizwahlen. Dabei hat der Kantonsrat beschlossen, eine Wahlvorbereitungskommission einzusetzen. Umstritten war lediglich noch, wer darin Stimmrecht haben soll. Schliesslich hat der Kantonsrat entschieden, die Wahlvorbereitungskommission zwar breit abzustützen, denjenigen Kommissionsmitgliedern jedoch, welche nicht gleichzeitig auch in der Justizkommission sind, nur beratende Stimme zu geben. An der abschliessenden Wahlkompetenz des Kantonsrates ändert sich dadurch nichts.

Im Kantonsrat war die Einführung der Einzelrichterzuständigkeit am Obergericht kaum noch umstritten. Der Grund liegt wohl darin, dass die Kommission die Vorlage des Regierungsrates erweitert hat. Die Parteien haben nämlich die Möglichkeit, Fälle, welche grundsätzlich in die Kompetenz des Einzelrichters fallen,

von der Kammer beurteilen zu lassen.

Bezüglich der Anzahl der Friedensrichterkreise überwiegen für den Kantonsrat die Vorteile bei mehreren Friedensrichterkreisen gegenüber der Variante mit nur einem Friedensrichterkreis. Hauptargumente für die Lösung mit höchstens vier Friedensrichterkreisen sind die Volksnähe und die Vertrautheit mit der Region. Hauptargument für die Variante mit nur einem Friedensrichterkreis ist die Gewährleistung der Qualität im Hinblick auf die erhöhten Kompetenzen der Friedensrichter. Da es jedoch für beides gute Gründe gibt, war man sich im Parlament praktisch einig, dass diese Frage von den Stimmberechtigten zu entscheiden ist, und zwar ohne dass dadurch das notwendige Justizgesetz gefährdet würde. Aus diesem Grund findet eine Variantenabstimmung gemäss Art. 35 der Kantonsverfassung statt. Dabei hat der Kantonsrat mit 41 zu 14 Stimmen der Hauptvorlage mit mehreren Kreisen den Vorzug gegeben.

Der Kantonsrat empfiehlt Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, der Änderung der Kantonsverfassung und dem Justiz-

Kantonsrates

gesetz zuzustimmen und das Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 des Justizgesetzes (Variante) abzulehnen.

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:
Markus Müller

Die Sekretärin:
Erna Frattini

Verfassung des Kantons Schaffhausen

09-86

Änderung vom 9. November 2009

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Verfassungsgesetz:

I.

Die Kantonsverfassung vom 17. Juni 2002 wird wie folgt geändert:

Art. 17 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 40 Abs. 1 und 1^{bis}

¹ In den Kantonsrat, den Regierungsrat und den Ständerat sind alle im Kanton stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer wählbar.

^{1 bis} In das Obergericht und das Kantonsgericht sind alle mündigen Schweizerinnen und Schweizer wählbar. Sie müssen ab Amtsantritt im Kanton Schaffhausen Wohnsitz haben.

Art. 55 Abs. 2

² Der Kantonsrat prüft und genehmigt die Rechenschaftsberichte des Regierungsrates, des Obergerichts sowie der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung.

Art. 70 Abs. 2

² Das Weisungsrecht des Regierungsrates gegenüber allen Verwaltungsorganen bleibt vorbehalten; ausgenommen sind insbesondere Rechtsprechungstätigkeiten von Verwaltungsbehörden sowie die Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft.

Art. 72 Abs. 2

² Das Gesetz kann für einzelne Gebiete besondere Rechtspflegeinstanzen und den Einsatz von Fachrichterinnen und Fachrichtern vorsehen.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 72 Abs. 3

Aufgehoben

Art. 73 Abs. 2

² Die übrigen Mitglieder der Rechtspflegebehörden und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch das Obergericht beziehungsweise das Kantonsgericht gewählt. Das Obergericht kann die Anstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter delegieren.

Art. 75

Aufgehoben

Art. 76 Abs. 1

Aufgehoben

Art. 76 Abs. 2

² Unter dem Vorbehalt des Weiterzugs an ein Gericht kann das Gesetz die Ahndung von Übertretungen mit Busse auch Verwaltungsbehörden von Kanton und Gemeinden zuweisen.

Art. 77 Abs. 2

Aufgehoben

II.

¹ Dieses Gesetz untersteht der Volksabstimmung.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Dieses Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 9. November 2009

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Markus Müller

Die Sekretärin:

Erna Frattini

Justizgesetz (JG)

09-87

vom 9. November 2009

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Gesetz:

I. Teil: Allgemeines

Art. 1

Dieses Gesetz regelt Organisation und Zuständigkeit der kantonalen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden und enthält die ergänzenden Vorschriften zur Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾, zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung²⁾ und zur Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾. Geltungsbereich

Art. 2

¹ Der Kantonsrat wählt:

Wahlen

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Obergerichts und des Kantonsgerichts;
- b) die Friedensrichterinnen und Friedensrichter;
- c) die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die weiteren Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung;
- d) die Erste Staatsanwältin oder den Ersten Staatsanwalt sowie die weiteren Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

² Das Obergericht wählt:

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die weiteren Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder der besonderen Schlichtungsbehörden in Zivilsachen;
- b) die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die weiteren Mitglieder und die Ersatzmitglieder der weiteren Rechtspflegebehörden gemäss dem VI. Teil dieses Gesetzes;

Beschlüsse des Kantonsrates

c) die Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten sowie die Konkursbeamtin oder den Konkursbeamten.

³ Kann ein Gericht oder eine andere Behörde wegen Ausstands oder anderer Hinderungsgründe nicht genügend besetzt werden, so bezeichnet die Wahlbehörde die erforderlichen ausserordentlichen Mitglieder. Ausserordentliche Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte ernennt der Regierungsrat.

Art. 3

Wahl-
vorbereitung

¹ Dem Kantonsrat obliegende Wahlen bereitet die Wahlvorbereitungskommission vor. Sie steht unter dem Vorsitz der Präsidentin oder des Präsidenten der Justizkommission und setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- a) Mitglieder der Justizkommission;
- b) Vorsteherin oder Vorsteher des zuständigen Departements;
- c) Vertretung des Obergerichts;
- d) Vertretung des Kantonsgerichts;
- e) Vertretung der Staatsanwaltschaft;
- f) Vertretung der Schaffhauser Anwaltskammer.

² Sie unterbreitet dem Kantonsrat Wahlvorschläge. Die Mitglieder der Justizkommission sind stimmberechtigt.

Art. 4

Anstellungen

¹ Das Obergericht und das Kantonsgericht stellen ihre juristischen und administrativen Mitarbeitenden an.

² Das Obergericht stellt die erforderlichen zusätzlichen Mitarbeitenden der Schlichtungsbehörden in Zivilsachen, der weiteren Rechtspflegebehörden gemäss dem VI. Teil dieses Gesetzes sowie der Betreibungsämter und des Konkursamts an. Es kann die Anstellungsbefugnis delegieren.

³ Die Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung stellt das juristische Sekretariat und die erforderlichen Mitarbeitenden der Kommission an.

Art. 5

Inpflichtnahme

¹ Bei Antritt des Amtes haben das Amtsgelübde abzulegen:

- a) die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts, des Kantonsgerichts und der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung sowie die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt vor dem Kantonsrat;

- b) die weiteren Mitglieder der Gerichte und der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung vor der jeweiligen Präsidentin oder dem Präsidenten;
- c) die weiteren Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor der Ersten Staatsanwältin oder dem Ersten Staatsanwalt;
- d) die Mitglieder der Schlichtungsbehörden in Zivilsachen und der weiteren Rechtspflegebehörden gemäss dem VI. Teil dieses Gesetzes, die Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten sowie die Konkursbeamtin oder der Konkursbeamte vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts.

² Der Person, die das Gelübde zu leisten hat, wird folgende Formel vorgelesen: «Sie geloben, Ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen zu führen, dabei die Verfassung und die Gesetze zu beachten und nicht die Person, sondern die Sache im Auge zu haben.» Das Gelübde wird durch Sprechen der Worte «ich gelobe es» geleistet.

Art. 6

¹ Dem Obergericht obliegt die Aufsicht über das Kantonsgericht, die Schlichtungsbehörden in Zivilsachen, die weiteren Rechtspflegebehörden gemäss dem VI. Teil dieses Gesetzes sowie die Betreibungsämter und das Konkursamt. Aufsicht

² Dem Regierungsrat obliegt die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft.

³ Das Obergericht und der Regierungsrat überwachen die Geschäftsführung der ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden. Sie erstatten hierüber dem Kantonsrat als Oberaufsichtsbehörde Bericht. Das Obergericht orientiert den Kantonsrat in seinem Amtsbericht auch über seine eigene Tätigkeit.

⁴ Die Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung steht unter der Oberaufsicht des Kantonsrats. Sie erstattet ihm über ihre Geschäftsführung Bericht.

Art. 7

¹ Wegen ungebührlicher Behandlung durch eine Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde oder deren Mitglieder und Mitarbeitende kann bei der Aufsichtsbehörde schriftlich Beschwerde erhoben werden. Richtet sich die Beschwerde gegen eine bestimmte Amtshandlung, ist sie innert zehn Tagen seit Kenntnisnahme einzureichen. Im Übrigen kann Beschwerde geführt werden, solange die Beschwerdeführerin oder der Beschwerdeführer damit ein rechtliches Interesse wahr. Aufsichts-
beschwerde
und -anzeige

18 Beschlüsse des Kantonsrates

² Jedermann kann der Aufsichtsbehörde jederzeit Tatsachen anzeigen, die ein aufsichtsrechtliches Einschreiten gegen eine Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde erfordern. Die Anzeigerin oder der Anzeiger hat keine Parteirechte. Die Art der Erledigung ist ihr oder ihm mitzuteilen.

³ Die Aufsichtsbehörde trifft die nötigen Abklärungen und sorgt für die Behebung des Beschwerdegrunds. Personalrechtliche Massnahmen zur Sicherung des Aufgabenvollzugs und die Einleitung eines Strafverfahrens bleiben vorbehalten.

⁴ Bei mutwilliger oder leichtsinniger Einreichung einer Aufsichtsbeschwerde oder einer Aufsichtsanzeige können der Beschwerdeführerin bzw. dem Beschwerdeführer oder der Anzeigerin bzw. dem Anzeiger Kosten auferlegt werden.

Art. 8

Amtssitz

Der Amtssitz der kantonalen Justizbehörden ist Schaffhausen, soweit nichts anderes bestimmt wird.

II. Teil: Schlichtungsbehörden in Zivilsachen

1. Friedensrichterämter

Art. 9

Friedensrichteramt

¹ Der Kanton Schaffhausen besteht aus höchstens vier Friedensrichterkreisen mit je einem Friedensrichteramt. Dieses hat seinen Sitz am Kreishauptort.

² Der Regierungsrat setzt die Kreise fest, bestimmt deren Hauptorte und weist ihnen die einzelnen Gemeinden zu.

³ Das Friedensrichteramt ist die zuständige Schlichtungsbehörde für die Gemeinden des jeweiligen Kreises bei streitigen Zivilsachen, soweit hierfür nicht eine besondere Schlichtungsbehörde besteht.

⁴ Der Kantonsrat bestimmt die Zahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter und deren Stellenprozente nach Anhörung des Obergerichts.

⁵ Das Friedensrichteramt behandelt die Fälle in Einerbesetzung.

⁶ Die Kreishauptorte haben den Friedensrichterämtern geeignete Amtslokalitäten und die erforderlichen Archivräume zur Verfügung zu stellen sowie auf ihre Kosten für das nötige Mobiliar und für Heizung und Beleuchtung zu sorgen. Der Kanton liefert die Bürogeräte und das Büromaterial.

2. *Schlichtungsstelle für Mietsachen*

Art. 10

¹ Die Schlichtungsstelle für Mietsachen ist die für den ganzen Kanton zuständige Schlichtungsbehörde bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen. Schlichtungs-
stelle für
Mietsachen

² Sie besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten sowie je einer Vertretung der Mieter und Vermieter. Sie haben je eine Stellvertretung.

³ Das Präsidium und seine Stellvertretung dürfen keiner Mieter- oder Vermieterorganisation angehören. Für die Wahl der weiteren Mitglieder der Schlichtungsstelle und deren Stellvertretung holt das Obergericht Vorschläge von Mieter- und Vermieterorganisationen ein.

3. *Schlichtungsstelle bei Diskriminierungen im Erwerbsleben*

Art. 11

¹ Die Schlichtungsstelle bei Diskriminierungen im Erwerbsleben ist die für den ganzen Kanton zuständige Schlichtungsbehörde bei Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz. Schlichtungs-
stelle bei
Diskriminie-
rungen im
Erwerbsleben

² Sie besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und vier weiteren Mitgliedern und tagt in Dreierbesetzung gemäss jeweils massgebenden bundesrechtlichen Paritäten⁴⁾.

4. *Sekretariat*

Art. 12

¹ Die Friedensrichterämter besorgen ihre Kanzleigeschäfte selber. Sekretariat der
Schlichtungs-
behörden

² Die Kanzlei des Kantonsgerichts besorgt die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstelle für Mietsachen und der Schlichtungsstelle bei Diskriminierungen im Erwerbsleben.

III. Teil: *Strafverfolgungsbehörden*

A. *Polizei*

Art. 13

¹ Die polizeilichen Aufgaben im Dienst der Strafrechtspflege werden in erster Linie von der Schaffhauser Polizei ausgeübt. Polizeiorgane

Beschlüsse des Kantonsrates

² Die übrigen Polizeiorgane des Kantons und der Gemeinden haben nur auf ihrem besonderen Tätigkeitsgebiet polizeiliche Strafverfolgungsbefugnisse gemäss gesetzlichen Bestimmungen und Dienstvorschriften. Sie sind verpflichtet, die Schaffhauser Polizei und die Staatsanwaltschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Art. 14

Organisation
und Aufsicht

¹ Das Verwaltungsrecht regelt die Organisation der Polizei und die rechtliche Stellung ihrer Mitarbeitenden.

² Die Strafverfolgungstätigkeit der Polizeiorgane richtet sich nach der Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾ und diesem Gesetz.

B. Staatsanwaltschaft

1. Aufgaben und Aufbau

Art. 15

Aufgaben

Die Staatsanwaltschaft ist für die Strafverfolgung verantwortlich, soweit nach dem Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch⁵⁾ nicht eine Verwaltungsbehörde zuständig ist.

Art. 16

Aufbau

¹ Die Staatsanwaltschaft besteht aus der Ersten Staatsanwältin oder dem Ersten Staatsanwalt, der Allgemeinen Abteilung, der Verkehrsabteilung, der Abteilung Jugendanwaltschaft sowie aus dem Fach- und Kanzleipersonal.

² Jeder Abteilung steht eine Leitende Staatsanwältin oder ein Leitender Staatsanwalt vor. Der Regierungsrat bestimmt diese aus den Reihen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

³ Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt und die Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bilden zusammen die Geschäftsleitung.

⁴ Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt bestimmt aus den Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ihre oder seine Stellvertretung.

Art. 17

Allgemeine
Abteilung

Die Allgemeine Abteilung führt die Fälle, bei denen keine andere Zuständigkeit gegeben ist.

Art. 18

¹ Die Verkehrsabteilung führt die Fälle aus dem Verkehr zu Land, zu Wasser oder in der Luft. Verkehrsabteilung

² Die Verkehrsabteilung kann einzelne andere strafbare Handlungen mitverfolgen.

³ Die Verkehrsabteilung ist erstinstanzliche Verwaltungsbehörde für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr. Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz ⁶⁾.

Art. 19

¹ Die Jugendanwaltschaft führt die Fälle nach der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung ²⁾. Jugendanwaltschaft

² Übertretungen nach kantonalem und kommunalem Recht, die durch Jugendliche begangen wurden, werden von den Verwaltungsbehörden verfolgt und beurteilt. Die Verwaltungsbehörde kann den Fall der Jugendanwaltschaft überweisen.

2. Erste Staatsanwältin oder Erster Staatsanwalt**Art. 20**

¹ Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt leitet die Staatsanwaltschaft und ist dabei insbesondere zuständig für: Leitung der Staatsanwaltschaft

- a) die Vertretung der Staatsanwaltschaft nach aussen;
- b) die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde;
- c) die Ausbildung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

² Im Übrigen nimmt die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt die Aufgaben der Staatsanwaltschaft wahr, welche nicht ausdrücklich einer anderen Stelle zugeteilt sind.

Art. 21

¹ Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt:

- a) überwacht die Fälle der Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und hat gegenüber den Verfahrensleiterinnen und Verfahrensleitern ein fallbezogenes Weisungsrecht;
- b) vertritt die Anklage vor Bundesgericht, wobei die Anklagevertretung delegiert werden kann;
- c) vertritt in Absprache mit den Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten in Einzelfällen auch die Anklage vor Kantonsgericht und Obergericht;

Fallbezogene Aufgaben

Beschlüsse des Kantonrates

- d) hat in allen Fällen das Recht, die Berufung anzumelden, die schriftliche Berufungserklärung einzureichen sowie die Beschwerde ans Obergericht und ans Bundesgericht zu erheben;
- e) trifft die notwendigen Massnahmen zum Schutz von Personen ausserhalb eines Verfahrens;
- f) führt Gerichtsstandsstreitigkeiten vor eidgenössischen Gerichten;
- g) entscheidet innerkantonale Zuständigkeitskonflikte im Bereich der Strafverfolgung.

² Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt führt im Übrigen eigene Fälle.

3. *Geschäftsleitung*

Art. 22

Geschäfts-
leitung

¹ Die Geschäftsleitung ist für die einheitliche fachliche Führung der Staatsanwaltschaft verantwortlich. Sie sorgt für die gleichmässige Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs im Kanton und unterstützt die Erste Staatsanwältin oder den Ersten Staatsanwalt in der Leitung der Staatsanwaltschaft.

² Zu diesem Zweck erlässt sie allgemeine Weisungen.

4. *Abteilungsleitung*

Art. 23

Abteilungs-
leitung

¹ Die Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind in ihrer Abteilung insbesondere zuständig für:

- a) die Geschäftszuteilung;
- b) die Ausbildung des Fach- und Kanzleipersonals;
- c) die Fallüberwachung mit fallbezogenem Weisungsrecht.

² Sie führen im Übrigen eigene Fälle.

5. *Staatsanwältinnen und Staatsanwälte*

Art. 24

Fallführung

¹ Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte führen die ihnen zugewiesenen Fälle bis zum rechtskräftigen Abschluss selbständig. Sie können auch Verfahren gegen Jugendliche führen.

² Dazu gehört insbesondere auch:

- a) das Verfassen von Anklageschriften;

- b) die Vertretung der Anklage unter Vorbehalt von Art. 21 Abs. 1 lit. b und c dieses Gesetzes;
- c) das Recht, die Berufung anzumelden, die schriftliche Berufungserklärung einzureichen sowie die Beschwerde ans Obergericht zu erheben;
- d) das Führen nichtstreitiger Gerichtsstandsverfahren.

³ Sie sind weiter zuständig für:

- a) die Gewährung nationaler und internationaler Rechtshilfe;
- b) die Gewährung von Rechtshilfe für Straftaten des kantonalen Rechts unter Vorbehalt des Gegenrechts.

Art. 25

¹ Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Jugendanwaltschaft üben die Funktionen aus, die von Bundesrechts wegen den Jugendanwältinnen und Jugendanwälten zustehen. Sie unterzeichnen in den Jugendstrafsachen als Jugendanwältin bzw. als Jugendanwalt.

Jugendanwältinnen und Jugendanwälte

² Sie vollziehen die Entscheide gegen Jugendliche.

³ Sie können auch Verfahren gegen Erwachsene führen.

IV. Teil: Gerichte

A. Kantonsgericht

1. Organisation

Art. 26

¹ Das Kantonsgericht besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten und drei bis fünf weiteren Mitgliedern sowie mindestens drei Ersatzmitgliedern.

Zusammensetzung

² Der Kantonsrat legt nach Anhörung des Kantonsgerichts und des Obergerichts die Stellenprozente des Gesamtgerichts fest.

Art. 27

¹ Das Kantonsgericht organisiert sich selbst.

Konstituierung

² Die Präsidentin oder der Präsident vertritt das Kantonsgericht nach aussen, besorgt die Geschäftsleitung des Gerichts und steht dem Gesamtgericht vor.

³ Das Kantonsgericht spricht Recht in Kammern mit Dreierbesetzung sowie durch Einzelrichterinnen und Einzelrichter.

Beschlüsse des Kantonsrates

⁴ Verwaltungsgeschäfte obliegen dem Gesamtgericht. Dieses ist beschlussfähig, wenn die absolute Mehrheit der Gerichtsmitglieder mitwirkt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die oder der Vorsitzende.

⁵ Das Gesamtgericht kann zur Erledigung von Verwaltungsgeschäften eine Kommission einsetzen und bestimmte Geschäfte einem Mitglied übertragen.

2. Zivilrechtspflege

Art. 28

Grundsatz Das Kantonsgericht behandelt als erste Instanz zivilrechtliche Angelegenheiten, soweit nicht das Obergericht als einzige kantonale Instanz zuständig ist.

Art. 29

Zuständigkeit ¹ Das Kantonsgericht beurteilt durch Einzelrichterinnen oder Einzelrichter:

- a) familienrechtliche Verfahren;
- b) Fälle, die im vereinfachten und im summarischen Verfahren zu behandeln sind;
- c) im summarischen Verfahren folgende weitere nichtstreitige Angelegenheiten:
 - Hinterlegung von Zahlungen durch den Grundpfandschuldner (Art. 861 Abs. 2 ZGB);
 - Anordnung der Untersuchung des Tiers bei Mängelrügen (Art. 202 Abs. 1 OR);
 - Feststellung des Tatbestands und Mitwirkung beim Verkauf bei Bemängelung übersandter Sachen (Art. 204 Abs. 2 und Abs. 3 OR);
 - Feststellung des Zustands und Mitwirkung beim Verkauf bei Bemängelung übersandter Kommissionsgüter (Art. 427 Abs. 1 und Abs. 3 OR);
 - Anordnung der Versteigerung des Kommissionsguts (Art. 435 OR);
 - Feststellung des Zustands und Mitwirkung beim Verkauf von Frachtgütern bei Ablieferungshindernissen (Art. 444 Abs. 2 und Art. 445 OR);
 - Anordnung der Hinterlegung und des Verkaufs von Frachtgütern in Streitfällen (Art. 453 Abs. 1 OR);
- d) die Vollstreckung von Entscheiden und öffentlichen Urkunden;

e) Revisionsgesuche, wenn schon der frühere Entscheid von einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter beurteilt worden ist.

² Die übrigen Zivilfälle beurteilt das Kantonsgericht in Kammern. Diese behandeln ungeachtet des Streitwerts auch Klagen, die ihnen wegen des sachlichen Zusammenhangs mit bei ihnen hängigen Klagen überwiesen werden.

Art. 30

Die Präsidentin oder der Präsident des Kantonsgerichts oder im Hinderungsfall deren Stellvertretung entscheidet über strittige Ausstandsgesuche gegen:

Ausstand

- a) die Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Kantonsgerichts in Zivilverfahren;
- b) die Mitglieder und Ersatzmitglieder einer Schlichtungsbehörde in Zivilsachen.

Art. 31

Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Kantonsgerichts ist im Rahmen der nationalen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zuständig für:

Schiedsgerichtsbarkeit

- a) die Ernennung, Ablehnung, Abberufung und Ersetzung der Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter;
- b) die Verlängerung der Amtsdauer des Schiedsgerichts;
- c) die Unterstützung des Schiedsgerichts bei den Verfahrenshandlungen.

Art. 32

¹ Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Kantonsgerichts leistet unter Vorbehalt anderer Regelung nationale und internationale Rechtshilfe in Zivilsachen.

Rechtshilfe

² Sie oder er kann die Besorgung der Rechtshilfeersuchen, einschliesslich der Einvernahme von Personen, unter ihrer oder seiner Verantwortung einer Gerichtsschreiberin oder einem Gerichtsschreiber übertragen.

3. Strafrechtspflege

Art. 33

¹ Das Kantonsgericht ist erstinstanzliches Gericht in Strafsachen.

Allgemeine
Zuständigkeit

² Es beurteilt durch Einzelrichterinnen oder Einzelrichter:

Beschlüsse des Kantonsrates

- a) Übertretungen;
- b) Verbrechen und Vergehen, soweit nicht gemäss Absatz 3 eine Kammer zuständig ist.

³ Es beurteilt in Kammern folgende Verbrechen und Vergehen:

- a) Tötungsdelikte;
- b) Straftaten, bei denen nach den Umständen eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr, eine Geldstrafe von mehr als 360 Tagessätzen, eine stationäre therapeutische Massnahme nach Art. 59 – 61 StGB⁷⁾, eine Verwahrung nach Art. 64 StGB⁷⁾ oder, bei gleichzeitig zu widerrufenden bedingten Sanktionen, ein Freiheitsentzug von mehr als einem Jahr oder eine Geldstrafe von mehr als 360 Tagessätzen in Frage steht.

Art. 34

Jugendstrafsachen

¹ Das Kantonsgericht ist Jugendgericht.

² Anklagen im Anschluss an Einsprachen gegen Strafbefehle, welche Übertretungen zum Gegenstand haben, beurteilt die oder der Vorsitzende.

Art. 35

Zwangsmassnahmen

¹ Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Kantonsgerichts ist Zwangsmassnahmengericht in der allgemeinen Strafrechtspflege und in Jugendstrafsachen.

² Das Zwangsmassnahmengericht ist auch zuständiges Gericht zur Leitung der Aussonderung von Informationen gemäss Art. 271 Abs. 1 der Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾.

4. Verwaltungsrechtspflege

Art. 36

Ausländerrecht

Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Kantonsgerichts ist die richterliche Behörde gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer⁸⁾.

Art. 37

Polizeiliche Zwangsmassnahmen

Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des Kantonsgerichts ist die richterliche Behörde zur Überprüfung polizeilicher Zwangsmassnahmen, wenn die Spezialgesetzgebung die direkte Anrufung einer richterlichen Behörde vorsieht.

B. Obergericht

1. Organisation

Art. 38

¹ Das Obergericht besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten und drei bis fünf weiteren Mitgliedern sowie mindestens drei Ersatzmitgliedern. Zusammensetzung

² Der Kantonsrat legt nach Anhörung des Obergerichts die Stellenprozenzte des Gesamtgerichts fest.

Art. 39

¹ Das Obergericht organisiert sich selbst. Konstituierung

² Die Präsidentin oder der Präsident vertritt das Obergericht und die gesamte Justiz nach aussen, besorgt die Geschäftsleitung des Obergerichts und steht dem Gesamtgericht vor.

³ Das Obergericht spricht Recht in Kammern mit Dreierbesetzung sowie durch Einzelrichterinnen und Einzelrichter. Auf Antrag der Einzelrichterin oder des Einzelrichters bzw. der Kammer, welche für die Beurteilung zuständig wäre, können Rechtsfälle von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Tragweite vom Gesamtgericht beurteilt werden.

⁴ Das Gesamtgericht behandelt Gesuche um Überprüfung verwaltungsrechtlicher Vorschriften (abstrakte Normenkontrolle). Dabei beurteilt es auch Verwaltungsgerichtsbeschwerden, die zusammen mit dem Normenkontrollgesuch zur gleichen Sache erhoben werden.

⁵ Dem Gesamtgericht obliegen die Verwaltungsgeschäfte, insbesondere:

- a) die Wahlen und weiteren personalrechtlichen Entscheide;
- b) die Angelegenheiten, welche die Organisation und Verwaltung der Gerichte und der unterstellten Behörden betreffen;
- c) die allgemeine Aufsicht über die unterstellten Gerichte und weiteren Behörden mit Ausnahme der Beschwerdefälle;
- d) die Anordnung und Durchführung von Verfahren zur Sicherstellung des Aufgabenvollzugs;
- e) der Erlass von Verordnungen und Weisungen.

⁶ Das Gesamtgericht ist bei der Behandlung von Verwaltungsgeschäften beschlussfähig, wenn die absolute Mehrheit der Gerichtsmitglieder mitwirkt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die oder der Vorsitzende.

Beschlüsse des Kantonrates

⁷ Das Gesamtgericht kann zur Erledigung von Verwaltungsgeschäften eine Kommission einsetzen und bestimmte Geschäfte einem Mitglied übertragen.

2. Zivilrechtspflege

Art. 40

- Einzigste Instanz
- ¹ Das Obergericht beurteilt die zivilrechtlichen Angelegenheiten, für die eine einzige kantonale Instanz zuständig ist.
 - ² Sind diese Fälle im summarischen Verfahren zu beurteilen, so ist für die Behandlung eine Einzelrichterin oder ein Einzelrichter zuständig. Jede Partei kann die Behandlung durch eine Kammer verlangen.
 - ³ Die übrigen Fälle beurteilt das Obergericht in Kammern.

Art. 41

- Rechtsmittelinstanz
- ¹ Das Obergericht ist Berufungs- und Beschwerdeinstanz in der Zivilrechtspflege.
 - ² Im summarischen Verfahren werden die Rechtsmittel von einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter behandelt. Jede Partei kann die Behandlung durch eine Kammer verlangen.
 - ³ Über ein Revisionsgesuch entscheidet eine Einzelrichterin oder ein Einzelrichter, wenn schon der frühere Entscheid von einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter beurteilt worden ist.
 - ⁴ Die übrigen Fälle beurteilt das Obergericht in Kammern.
 - ⁵ Ist in der Hauptsache eine Kammer zuständig, so entscheidet die oder der Vorsitzende über die Bewilligung der vorzeitigen Vollstreckung oder den Aufschub der Vollstreckung des angefochtenen Entscheids und ordnet nötigenfalls sichernde Massnahmen oder eine Sicherheitsleistung an.

Art. 42

- Schiedsgerichtsbarkeit
- ¹ Das Obergericht ist Beschwerde- und Revisionsinstanz in der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Es behandelt die Fälle in Kammern.
 - ² Die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts ist zuständig für die Entgegennahme des Schiedsspruchs zur Hinterlegung und für die Bescheinigung der Vollstreckbarkeit.

3. Strafrechtspflege

Art. 43

¹ Das Obergericht ist Berufungsgericht und Beschwerdeinstanz in der allgemeinen Strafrechtspflege und in Jugendstrafsachen. Rechtsmittel

² Es entscheidet durch eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter:

- a) als Berufungsgericht, wenn nur Übertretungen oder wirtschaftliche Nebenfolgen von höchstens Fr. 5'000.– streitig sind, wobei die Parteien die Behandlung durch eine Kammer verlangen können;
- b) als Beschwerdeinstanz bei Beschwerden gegen Einstellungsverfügungen, in Rechtshilfesachen und in den vom Bundesrecht vorgegebenen Fällen.

³ Die übrigen Fälle beurteilt es in Kammern.

4. Verwaltungsrechtspflege

Art. 44

¹ Das Obergericht behandelt Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen: Klagen und
Rechtsmittel

- a) letztinstanzliche Entscheide kantonaler Verwaltungsbehörden;
- b) verwaltungsrechtliche Entscheide der ihm unterstellten Rechtspflegebehörden;
- c) letztinstanzliche Entscheide anerkannter Kirchen;
- d) Entscheide des Kantonsrats, soweit das Bundesrecht einen gerichtlichen Rechtsschutz auf kantonaler Ebene vorschreibt.

² Das Obergericht behandelt als kantonales Versicherungsgericht Beschwerden und Klagen auf dem gesamten Gebiet des eidgenössischen und kantonalen Sozialversicherungsrechts sowie der Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung.

³ Das Obergericht behandelt als kantonale Steuerrekursbehörde Rekurse und Beschwerden auf dem Gebiet der direkten Steuern von Bund und Kanton. Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften.

⁴ Das Obergericht beurteilt Verwaltungssachen, bei denen das Bundesrecht eine einzige kantonale richterliche Behörde vorschreibt, wie Beschwerden über die Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz⁹⁾.

⁵ Weitere Aufgaben des Obergerichts als Verwaltungsgericht aufgrund der Spezialgesetzgebung bleiben vorbehalten.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 45

Schiedsgericht
in Sozial-
versicherungs-
sachen

¹ Ein Mitglied des Obergerichts führt den Vorsitz des kantonalen Schiedsgerichts in Sozialversicherungssachen.

² Es setzt den Parteien Frist zur Ernennung einer Vertretung an. Im Säumnisfall ernennt es die Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter selber.

Art. 46

Normen-
kontrolle

Das Obergericht überprüft Vorschriften verwaltungsrechtlicher Natur in Erlassen des Kantons, mit Ausnahme der Gesetze, und in Erlassen der Gemeinden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten auf ihre Verfassungs- und Gesetzmässigkeit.

Art. 47

Zuständig-
keitskonflikte

Das Obergericht entscheidet in hängigen Verfahren oder auf Anrufung durch eine betroffene Behörde über Zuständigkeitskonflikte zwischen Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden.

Art. 48

Besetzung und
Verfahren

¹ Das Obergericht beurteilt die verwaltungsgerichtlichen Angelegenheiten in Kammern. Die besonderen Bestimmungen über das Gesamtgericht und das Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen bleiben vorbehalten.

² Das Verfahren richtet sich nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁶⁾. Besondere Verfahrensbestimmungen in der Spezialgesetzgebung bleiben vorbehalten.

5. Schuldbetreibungs- und Konkurswesen

Art. 49

Schuld-
betreibungs-
und
Konkurswesen

¹ Das Obergericht behandelt als Aufsichtsbehörde im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen Beschwerden gemäss Art. 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs¹⁰⁾.

² Es behandelt durch eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter Beschwerden bis zu einem Streitwert von Fr. 5'000.—. Die übrigen Fälle beurteilt es in Kammern.

³ Soweit das Bundesrecht nichts anderes bestimmt, richtet sich das Beschwerdeverfahren sinngemäss nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁶⁾.

6. Ausstand

Art. 50

Die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts oder im Hinderungsfall deren Stellvertretung entscheidet über strittige Ausstandsgesuche gegen:

- a) die Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Obergerichts;
- b) die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Kantonsgerichts in Strafverfahren;
- c) die Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie das juristische Sekretariat der weiteren Rechtspflegebehörden gemäss dem VI. Teil dieses Gesetzes.

Ausstand

C. Gemeinsame Bestimmungen

Art. 51

¹ Die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Kantonsgerichts und des Obergerichts wirken bei der Instruktion der Fälle und bei der Entscheidungsfindung mit; sie haben beratende Stimme.

Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber

² Sie führen in der Regel das Verhandlungsprotokoll.

³ Sie erarbeiten unter der Verantwortung einer Richterin oder eines Richters Referate und redigieren die Gerichtsentscheide.

⁴ Sie können im Auftrag der Verfahrensleitung Vermittlungsverhandlungen durchführen.

Art. 52

¹ Das Kantonsgericht und das Obergericht haben je eine eigene Gerichtskanzlei mit dem erforderlichen administrativen Personal.

Kanzlei

² Die Gerichte beauftragen eine Gerichtsschreiberin oder einen Gerichtsschreiber der jeweiligen Instanz mit der Leitung der Gerichtskanzlei und bezeichnen eine Stellvertretung.

Art. 53

¹ Ist für die Beurteilung einer hängigen Sache das Gesamtgericht oder eine Kammer zuständig, so kann die bzw. der Vorsitzende oder die Instruktionsrichterin bzw. der Instruktionsrichter die notwendigen verfahrensleitenden Entscheide treffen, einschliesslich derjenigen über vorsorgliche Massnahmen und über die unentgeltliche Rechtspflege.

Verfahrensleitung

Beschlüsse des Kantonsrates

² Das verfahrensleitende Gerichtsmitglied kann auch den prozesserledigenden Abschreibungsentscheid bei Rückzug oder Anerkennung der Klage, Vergleich der Parteien, Gegenstandslosigkeit des Verfahrens, Rückzug eines Rechtsmittels oder einer Einsprache sowie den Nichteintretensentscheid bei Säumnis einer Partei oder bei einem offensichtlich unzulässigen Rechtsmittel treffen.

Art. 54

Unterschrift

¹ Schriftlich ausgefertigte Entscheide werden von der Verfahrensleitung und von der mitwirkenden Gerichtsschreiberin oder vom Gerichtsschreiber unterzeichnet.

² Bei prozessleitenden Entscheiden und bei prozesserledigenden Entscheiden, in denen nicht über die Sache befunden wird, genügt in Zivilsachen die Unterschrift der Verfahrensleitung oder der mitwirkenden Gerichtsschreiberin oder des Gerichtsschreibers.

³ Protokolle werden von der protokollführenden Person unterzeichnet.

⁴ Einfache verfahrensleitende Anordnungen und Vorladungen werden von der Verfahrensleitung oder unter deren Verantwortung von der Gerichtsschreiberin bzw. vom Gerichtsschreiber oder von einer administrativen Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter der Gerichtskanzlei unterzeichnet.

Art. 55

Minderheitsmeinung

Die Gerichtsminderheit darf ihre abweichende Meinung im Entscheid wiedergeben.

V. Teil: Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung

Art. 56

Organisation

¹ Die kantonale Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, zwei weiteren Mitgliedern, drei Ersatzmitgliedern und dem juristischen Sekretariat.

² Die Mitglieder der Kommission werden bei Bedarf für den Rest der Amtsdauer gewählt.

Art. 57

¹ Die Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung behandelt Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen erstinstanzliche Verwaltungsentscheide des Obergerichts sowie andere verwaltungsgerichtliche Rechtsmittel gegen Anordnungen des Obergerichts. Zuständigkeit
und Verfahren

² Das Präsidium oder bei dessen Verhinderung ein anderes Mitglied der Kommission entscheidet über strittige Ausstandsgesuche gegen Mitglieder, Ersatzmitglieder oder das juristische Sekretariat der Kommission.

³ Das Verfahren vor der Kommission richtet sich nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ⁶⁾.

VI. Teil: Weitere Rechtspflegebehörden**1. *Kommission für Enteignungen,
Gebäudeversicherung und Brandschutz*****Art. 58**

¹ Die kantonale Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, fünf weiteren Mitgliedern und dem juristischen Sekretariat. Zusammen-
setzung,
Zuständigkeit
und Verfahren

² Die Kommission behandelt:

- a) als Schätzungskommission Forderungen und Begehren, die gestützt auf die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes ¹¹⁾ oder anderer auf das Enteignungsgesetz bezugnehmender Erlasse gestellt werden;
- b) Rekurse gegen Entscheide der Gebäudeversicherung;
- c) Rekurse gegen Entscheide der kantonalen Feuerpolizei.

³ Die Kommission entscheidet in Dreierbesetzung.

⁴ Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach Art. 35 ff., für die Kosten- und Entschädigungsfolge nach Art. 27 und Art. 28 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ⁶⁾. In Enteignungssachen sind die besonderen Verfahrensbestimmungen des Enteignungsgesetzes ¹¹⁾ ergänzend anwendbar.

Beschlüsse des Kantonsrates

2. *Schätzungskommission für Wildschäden*

Art. 59

Zusammen-
setzung,
Zuständigkeit
und Verfahren

¹ Die kantonale Schätzungskommission für Wildschäden besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und vier weiteren Mitgliedern.

² Die Kanzlei des Kantonsgerichts führt das Sekretariat der Kommission.

³ Die Kommission entscheidet über die Entschädigungspflicht der Jagdgesellschaften und des Kantons gemäss Art. 28 und Art. 29 des kantonalen Jagdgesetzes ¹²⁾.

⁴ Die Kommission entscheidet in Dreierbesetzung. Bei einem Streitwert bis Fr. 1'000.– entscheidet die Präsidentin oder der Präsident allein.

⁵ Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ⁶⁾.

3. *Aufsichtsbehörde über das Anwaltswesen*

Art. 60

Zusammen-
setzung,
Zuständigkeit
und Verfahren

¹ Die kantonale Aufsichtsbehörde über das Anwaltswesen besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, zwei weiteren Mitgliedern, drei Ersatzmitgliedern und dem juristischen Sekretariat. In der Aufsichtsbehörde sind Gerichte und Anwaltschaft vertreten.

² Die Aufsichtsbehörde

- a) führt das kantonale Anwaltsregister und die Liste der Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA mit einer Geschäftsadresse im Kanton Schaffhausen, die in der Schweiz ständig Parteien vor Gericht vertreten dürfen, und trifft die hierfür erforderlichen Entscheide;
- b) entscheidet über die Zulassung zur Anwaltsprüfung, führt diese durch und erteilt oder verweigert das Anwaltspatent;
- c) entzieht das Anwaltspatent und entscheidet über dessen Wiedererteilung;
- d) entscheidet über die Zulassung von Anwältinnen und Anwälten aus Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA zur Eignungsprüfung oder zum Gespräch zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten und führt diese durch;
- e) übt die Aufsicht über die eingetragenen Anwältinnen und Anwälte aus;
- f) entscheidet über Gesuche um Entbindung der Anwältinnen und Anwälte vom Berufsgeheimnis.

³ Die Aufsichtsbehörde kann untergeordnete Geschäfte an das Präsidium, einzelne Mitglieder oder das Sekretariat delegieren.

⁴ Das Verfahren vor der Aufsichtsbehörde richtet sich nach Art. 9 ff. des Anwaltsgesetzes ¹³⁾ und sinngemäss nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ⁶⁾.

4. Landwirtschaftliches Schiedsgericht

Art. 61

¹ Das Landwirtschaftliche Schiedsgericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, zwei weiteren Mitgliedern, zwei Ersatzmitgliedern und dem juristischen Sekretariat. Zusammensetzung,
Zuständigkeit
und Verfahren

² Das Schiedsgericht wird eingesetzt und seine Mitglieder werden gewählt, wenn im Kanton Schaffhausen ein Bodenverbesserungsunternehmen zustande kommt. Es bleibt bis zu dessen Abschluss bestehen.

³ Das Schiedsgericht behandelt Beschwerden gegen Verfügungen im Rahmen der Güterzusammenlegung.

⁴ Das Verfahren vor dem Schiedsgericht richtet sich nach Art. 25 Abs. 2 und Abs. 3 des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes ¹⁴⁾.

VII. Teil: Verfahrensbestimmungen

A. Allgemeines

Art. 62

Verfahrenssprache ist Deutsch.

Verfahrenssprache

Art. 63

¹ Wer im Kanton Schaffhausen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben angestellt ist und über die erforderliche Sachkunde verfügt, darf die Ernennung zur oder zum Sachverständigen nur aus wichtigen Gründen ablehnen. Sachverständige

² Sachverständigen werden auf Antrag die Entscheide der Verfahren mitgeteilt, an denen sie beteiligt waren.

Art. 64

Die Staatsanwaltschaft und die Justizbehörden können in allen Verfahren jederzeit die Hilfe der Polizei beanspruchen. Polizei

Beschlüsse des Kantonsrates

- Art. 65**
 Öffentliche Bekanntmachungen
 Öffentliche Bekanntmachungen werden im Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen vorgenommen.
- Art. 66**
 Aktenarchivierung
 Das Obergericht und für die bei der Staatsanwaltschaft abgeschlossenen Verfahren der Regierungsrat regeln die Archivierung der Akten endgültig abgeschlossener Verfahren.
- Art. 67**
 Gerichtsberichterstattung
 Das Obergericht regelt die Gerichtsberichterstattung.
- B. Besondere Bestimmungen für die Zivilrechtspflege**
- Art. 68**
 Parteivertretung
¹ In miet- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten sind Berufs- und Arbeitersekretärinnen oder -sekretäre sowie Personen in ähnlicher Stellung zur berufsmässigen Prozessvertretung von Unselbständigerwerbenden bzw. von Mieterinnen oder Mietern befugt.
² In mietrechtlichen Angelegenheiten sind Liegenschaftsverwalterinnen oder -verwalter zur berufsmässigen Prozessvertretung von Vermieterinnen oder Vermietern befugt.
³ Das Gericht kann in diesen Fällen Personen von der Vertretung ausschliessen, wenn es zur gehörigen Wahrung der Interessen der Partei erforderlich erscheint.
- Art. 69**
 Urteilsberatung
 Die Urteilsberatung ist nicht öffentlich.
- C. Besondere Bestimmungen für die Strafrechtspflege**
- 1. Allgemeines Strafrecht**
- Art. 70**
 Pflicht zur Strafanzeige
¹ Behörden und ihre Mitarbeitenden im Sinn von Art. 302 Abs. 2 der Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾ sind zur Strafanzeige verpflichtet, wenn ihnen in ihrer amtlichen Stellung eine schwerwiegende Straftat bekannt wird.

² Von dieser Pflicht ausgenommen, aber zur Anzeige berechtigt sind Amtspersonen, deren Aufgaben ein besonderes Vertrauensverhältnis zu einem Beteiligten voraussetzen.

Art. 71

Die Bezirksärztinnen und -ärzte sind verpflichtet, aussergewöhnliche Todesfälle der Schaffhauser Polizei zu melden.

Meldung aussergewöhnlicher Todesfälle

Art. 72

Zur Stellung des Strafantrags wegen Vernachlässigung von Unterhaltspflichten im Sinn von Art. 217 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs⁷⁾ befugt sind neben den Antragsberechtigten gemäss Bundesrecht auch die zur Betreuung der unterhaltsberechtigten Person zuständigen Vormundschafts- oder Sozialhilfebehörden.

Antragsrecht bei Vernachlässigung von Unterhaltspflichten

Art. 73

¹ Die Durchführung eines Strafverfahrens gegen Mitglieder des Regierungsrats und des Obergerichts wegen im Amt begangener Verbrechen oder Vergehen bedarf der Ermächtigung durch den Kantonsrat. Ausgenommen sind Widerhandlungen im Strassenverkehr.

Ausnahmen vom Verfolgungszwang

² Die Strafanzeigen und Rapporte sind beim Büro des Kantonsrats einzureichen. Dieses nimmt die notwendigen Erhebungen selbst vor oder lässt sie durch eine ausserordentliche Staatsanwältin oder einen ausserordentlichen Staatsanwalt vornehmen und unterbreitet dem Kantonsrat Bericht und Antrag.

³ Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Äusserungen im Kantonsrat und in dessen Kommissionen richtet sich nach dem Gesetz über den Kantonsrat¹⁵⁾.

Art. 74

¹ Unter Vorbehalt abweichender Gesetzesbestimmungen haben die übrigen Behörden des Kantons und der Gemeinden sowie die Verwaltungen öffentlicher Anstalten und Betriebe den Strafbehörden die für das Strafverfahren benötigten Auskünfte zu erteilen und nötigenfalls Akteneinsicht zu gewähren. Die Bestimmungen über das Auskunftsverweigerungsrecht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses gelten dabei sinngemäss.

Auskunftspflicht zwischen Strafbehörden und übrigen Behörden

² Die Strafbehörden haben die zuständigen Verwaltungsbehörden zu benachrichtigen und ihnen zweckdienliche Unterlagen zu übermitteln, wenn sich in einem Strafverfahren begründeter Anlass zur Prüfung ausserstrafrechtlicher Massnahmen ergibt.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 75

Delegation der Beweis-
erhebung im
Vorverfahren

¹ Die verfahrensleitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können an die Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft delegieren:

- a) die Beweiserhebung in einfachen Fällen;
- b) einzelne Untersuchungshandlungen in allen Fällen.

² Die Verantwortung bleibt bei der Verfahrensleitung.

Art. 76

Zuständigkeit
bei polizeilich
angeordneten
Zwangsmass-
nahmen

¹ Kann nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Zwangsmassnahme durch die Polizei vorgenommen werden, so sind zur Anordnung die Offiziere der Schaffhauser Polizei zuständig.

² Das Polizeikommando kann weitere Mitarbeitende als zuständig erklären.

Art. 77

Strafbefehls-
kompetenz

¹ Der Erlass eines Strafbefehls obliegt den verfahrensleitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten.

² Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft können, gestützt auf ihre persönlichen Pflichtenhefte sowie unter der Verantwortung der Verfahrensleitung, Strafbefehle für Übertretungen erlassen.

Art. 78

Belohnung

¹ Die Verfahrensleitung kann Belohnungen für die erfolgreiche Mithilfe der Öffentlichkeit bei der Fahndung aussetzen.

² Soll die Belohnung höher ausfallen als Fr. 10'000.–, so bedarf ihre Aussetzung

- a) durch die Staatsanwaltschaft der Bewilligung des Regierungsrats;
- b) durch ein Gericht der Bewilligung der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichts.

³ Über die Auszahlung entscheidet die Verfahrensleitung.

2. Jugendstrafrecht

Art. 79

Anwendbares
Recht

Unter Vorbehalt des übergeordneten Rechts und der nachfolgenden Bestimmungen gelten die Bestimmungen des Abschnitts über das allgemeine Strafrecht.

Art. 80

¹ Die polizeiliche Ermittlung beschränkt sich auf jene Massnahmen, die nötig sind, um die Spuren und Merkmale begangener strafbarer Handlungen unverändert zu erhalten und die ohne offensichtliche Nachteile für das Verfahren nicht verschoben werden können. Weitere Ermittlungen werden nur im Auftrag der Jugendanwältin oder des Jugendanwalts vorgenommen.

Polizeiliche
Ermittlung

² Für Amtshandlungen gegen Kinder und Jugendliche sind Angehörige der Polizei einzusetzen, die für diesen Dienst geeignet sind.

D. Kosten und Entschädigung**1. Zivilverfahren****Art. 81**

¹ Grundlage für die Festsetzung der Gebühren bilden der Streitwert, der Aufwand der Justizbehörden und die Schwierigkeit des Falls.

Gebühren-
bemessung im
Allgemeinen

² In nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten wird für die Festsetzung der Gebühren vom tatsächlichen Streitinteresse ausgegangen. Dieses wird nach Ermessen bestimmt. Die Vorschriften über den Streitwert gelten dabei sinngemäss.

Art. 82

Im Schlichtungsverfahren beträgt die Pauschalgebühr Fr. 100.– bis Fr. 1'000.–, wenn das Verfahren nicht kostenlos ist.

Pauschale für
das
Schlichtungs-
verfahren

Art. 83

¹ Im gerichtlichen Verfahren wird die Pauschalgebühr in jeder Instanz in folgendem Rahmen festgesetzt, wenn das Verfahren nicht kostenlos ist:

Pauschale für
das gerichtliche
Verfahren

- a) Streitwert bis Fr. 2'000.–: Fr. 100.– bis Fr. 1'000.–;
- b) Streitwert bis Fr. 30'000.–: Fr. 200.– bis Fr. 10'000.–;
- c) Streitwert bis Fr. 100'000.–: Fr. 500.– bis Fr. 25'000.–;
- d) Streitwert bis Fr. 500'000.–: Fr. 1'000.– bis Fr. 50'000.–;
- e) Streitwert bis Fr. 2'000'000.–: Fr. 2'000.– bis Fr. 100'000.–;
- f) Streitwert über Fr. 2'000'000.–: Fr. 10'000.– bis 5 % des Streitwerts.

² Im summarischen Verfahren beträgt die Gebühr höchstens die Hälfte des Betrags, der sich in Anwendung von Absatz 1 ergibt.

Beschlüsse des Kantonrates

³ Wird das Verfahren ohne Anspruchsprüfung erledigt und ist dem Gericht bis dahin noch kein wesentlicher Aufwand erwachsen, kann die Pauschalgebühr unter den jeweiligen Mindestbetrag herabgesetzt werden.

⁴ Wird der Entscheid ohne schriftliche Begründung eröffnet und ist diese in der Folge nicht nachzuliefern, ermässigt sich die Gebühr auf zwei Drittel.

Art. 84

Schutzschrift

¹ Für die Einreichung und Hinterlegung einer Schutzschrift beträgt die Gebühr Fr. 100.– bis Fr. 1'000.–.

² Leitet die Gegenpartei innert sechs Monaten das entsprechende Verfahren ein, wird die Gebühr für die Schutzschrift an die Pauschalgebühr für das Verfahren angerechnet.

Art. 85

Schiedssachen

¹ Wird das staatliche Gericht um Mitwirkung in einer Schiedssache ersucht, beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 20'000.–.

² Im Rechtsmittelverfahren gegen Schiedsurteile, bei vorsorglichen und sichernden Massnahmen nach Art. 183 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht¹⁶⁾ sowie im Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren nach dem New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche¹⁷⁾ gelten die ordentlichen Pauschalgebühren für das gerichtliche Verfahren.

Art. 86

Parteientschädigung für anwaltliche Vertretung

¹ Das Gericht setzt die Parteientschädigung der obsiegenden Partei im Rahmen der geltenden Vorschriften nach Ermessen fest.

² Es geht dabei vom Betrag aus, welcher der entschädigungsberechtigten Partei für die anwaltliche Vertretung in Rechnung gestellt wird, soweit

- a) der vereinbarte Ansatz üblich ist und keine Erfolguszuschläge enthält;
- b) der geltend gemachte Aufwand angemessen und für die Prozessführung erforderlich ist;
- c) der Rechnungsbetrag in einem angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht;
- d) die geforderte Entschädigung nicht eine von der Sache bzw. von den legitimen Rechtsschutzbedürfnissen her nicht gerechtfertigte Belastung der unterliegenden Partei zur Folge hat.

³ Die Parteien haben in der Anfangsphase des Verfahrens eine vollständige, unterschriebene Honorarvereinbarung einzureichen. Unterlassen sie dies, kann das Gericht davon absehen, für die Festsetzung der Prozessentschädigung die Anwaltsrechnung beizuziehen.

⁴ Änderungen der Honorarvereinbarung werden in der Regel erst ab ihrer Einreichung beim Gericht anerkannt, und nur dann, wenn sie nicht auf eine Ausnützung der Prozess-Situation hinauslaufen.

⁵ Der Abschluss geheimer Honorarabsprachen neben der eingereichten Honorarvereinbarung ist unzulässig. Verstösse sind der Aufsichtsbehörde über das Anwaltswesen zu melden.

Art. 87

¹ Die Bestimmungen über die Bemessung der Parteientschädigung für anwaltliche Vertretung gelten sinngemäss auch bei anderer berufsmässiger Vertretung.

Parteient-
schädigung für
andere
berufsmässige
Vertretung

² Das Obergericht kann nötigenfalls für gewisse Berufsgruppen nähere Bestimmungen erlassen.

2. Strafverfahren

Art. 88

Die Gebühren werden unter Berücksichtigung des Aufwands und der wirtschaftlichen Verhältnisse der kostenpflichtigen Person im Rahmen nachstehender Beträge festgesetzt.

Bemessungs-
grundlage

Art. 89

¹ Die Gebühren für das Vorverfahren betragen:

- a) bei Erledigung ohne Untersuchungsverfahren:
 - mit Nichtanhandnahmeverfügung: Fr. 200.– bis Fr. 3'000.–;
 - mit Strafbefehl: Fr. 200.– bis Fr. 1'500.–;
- b) bei Abschluss des Untersuchungsverfahrens:
 - mit Einstellungsverfügung: Fr. 200.– bis Fr. 50'000.–;
 - mit Strafbefehl: Fr. 200.– bis Fr. 10'000.–;
 - mit Anklageerhebung: Fr. 200.– bis Fr. 100'000.–;

Gebühren für
das Vor-,
Haupt- und
Berufungs-
verfahren

² Die Gebühren für das Hauptverfahren betragen:

- a) bei Erledigung ohne Urteil:
 - mit Einstellungs- oder Abschreibungsverfügung: Fr. 200.– bis Fr. 3'000.–;
 - mit Beschluss der Strafkammer: Fr. 200.– bis Fr. 6'000.–;
- b) bei Erledigung mit Urteil:

Beschlüsse des Kantonsrates

- einer Einzelrichterin oder eines Einzelrichters: Fr. 200.– bis Fr. 30'000.–;
- einer Strafkammer: Fr. 300.– bis Fr. 100'000.–;

³ Die Gebühren für das Berufungsverfahren betragen:

a) bei Erledigung ohne Urteil:

- mit Verfügung der Verfahrensleitung: Fr. 200.– bis Fr. 5'000.–;
- mit Beschluss der Strafkammer: Fr. 200.– bis Fr. 50'000.–;

b) bei Erledigung mit Urteil:

- einer Einzelrichterin oder eines Einzelrichters: Fr. 200.– bis Fr. 10'000.–;
- einer Strafkammer oder des Gesamtgerichts: Fr. 300.– bis Fr. 100'000.–;

⁴ In Fällen besonderen Umfangs, namentlich bei Straftaten mit einem Deliktsbetrag von mehr als Fr. 2 Mio., können die vorstehenden Ansätze angemessen erhöht werden. Die Obergrenze soll in der Regel 5 % der Deliktssumme nicht übersteigen.

Art. 90

Gebühren für
andere
Entscheide

Für andere Entscheide von Strafbehörden, insbesondere für nachträgliche richterliche Anordnungen, selbständige Entscheide über Nebenpunkte, sitzungspolizeiliche Massnahmen sowie für Entscheide im Beschwerde- oder Revisionsverfahren, beträgt die Gebühr:

- a) bei Verfügungen: Fr. 200.– bis Fr. 2'000.–;
- b) bei Gerichtsbeschlüssen: Fr. 200.– bis Fr. 10'000.–.

Art. 91

Gebühr im
Jugendstraf-
verfahren

Für das Verfahren in Jugendstrafsachen beträgt die Gebühr Fr. 50.– bis Fr. 3'000.–.

3. Gemeinsame Bestimmungen

Art. 92

Wegfall von
Gerichtskosten

Dem Kanton Schaffhausen werden keine Gerichtskosten auferlegt.

Art. 93

Honorar für
unentgeltliche
Vertretung und
amtliche
Verteidigung

¹ Für den berechtigten Aufwand der unentgeltlichen Vertretung und der amtlichen Verteidigung wird der Rechtsanwältin oder dem Rechtsanwalt aus der Staatskasse ein Honorar ausgerichtet.

² Das Obergericht regelt das Nähere.

Art. 94

- 1 Der Regierungsrat regelt das Inkasso der Verfahrenskosten. Kostenvollzug
- 2 Die zuständige Vollzugsbehörde bestimmt über Stundung und Teilzahlung der Kostenforderungen.
- 3 Das zuständige Departement kann der kostenpflichtigen Person die Bezahlung der auferlegten Kosten bei dauernder Mittellosigkeit ganz oder teilweise erlassen. Die Kosten können nachträglich eingefordert werden, wenn der kostenpflichtigen Person die Zahlung später zugemutet werden kann.

VIII. Teil: Weitere Bestimmungen mit Bezug zum Strafrecht

A. *Haft-, Straf- und Massnahmenvollzug*

Art. 95

- 1 Der Regierungsrat regelt den Vollzug von Polizei-, Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie von Strafen und Massnahmen. Zuständigkeit
- 2 Er kann Vereinbarungen über die Mitbenützung ausserkantonaler Anstalten treffen und Private mit Vollzugsaufgaben betrauen.
- 3 Unter Vorbehalt besonderer Gesetzesbestimmungen bezeichnet er die zuständigen Vollzugsbehörden und erlässt die weiteren Vorschriften zur Gewährleistung des Vollzugs, insbesondere die näheren Vorschriften über die Rechte und Pflichten der eingewiesenen Personen, die Disziplinar massnahmen sowie über die Aufsicht.

Art. 96

Der Regierungsrat regelt die Bewährungshilfe sowie die soziale Betreuung für die Dauer des Strafverfahrens und des Vollzugs. Bewährungshilfe und soziale Betreuung

Art. 97

- 1 Die verurteilte Person wird nach Art. 380 Abs. 2 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs ⁷⁾ an den Vollzugskosten beteiligt. Vollzugskosten
- 2 Der Regierungsrat regelt das Inkasso und bestimmt die zuständigen Behörden.

Art. 98

- 1 Das Verfahren bei Vollzugsanordnungen der Verwaltungsbehörden richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz ⁶⁾. Verfahren

Beschlüsse des Kantonsrates

² Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt kann gegen Justizvollzugsentscheide von Verwaltungsbehörden Rechtsmittel ergreifen.

B. Begnadigung

Art. 99

Gegenstand der Begnadigung

¹ Der Kantonsrat kann durch Begnadigung alle rechtskräftig ausgesprochenen Strafen ganz oder teilweise erlassen oder in mildere Strafkategorien umwandeln.

² Strafrechtliche Massnahmen sowie Entscheide über Zivilansprüche und Verfahrenskosten sind nicht Gegenstand der Begnadigung.

³ Ein Rechtsanspruch auf Begnadigung besteht nicht.

Art. 100

Verfahren

¹ Das Begnadigungsgesuch ist schriftlich und begründet dem Kantonsrat einzureichen. Es hat keine aufschiebende Wirkung, sofern nicht die zuständige Vollzugsbehörde etwas anderes verfügt.

² Das zuständige Organ des Kantonsrats zieht die Strafakten bei. Es kann eine Vernehmlassung des zuständigen Departements und der urteilenden Behörde sowie weitere Berichte zur verurteilten Person einholen.

³ Der Entscheid des Kantonsrats wird der gesuchstellenden Person, der urteilenden Behörde und der Vollzugsbehörde mit kurzer schriftlicher Begründung mitgeteilt.

Art. 101

Bedingte Begnadigung, Widerruf

¹ Die Begnadigung kann auch bedingt ausgesprochen werden; der Kantonsrat setzt dabei der verurteilten Person eine Probezeit. Mit der bedingten Begnadigung können Bewährungshilfe und Weisungen verbunden werden.

² Begeht die bedingt begnadigte Person während der Probezeit ein Verbrechen oder ein Vergehen, handelt sie trotz förmlicher Mahnung durch die Vollzugsbehörde einer ihr erteilten Weisung zuwider oder entzieht sie sich beharrlich der Bewährungshilfe, so kann der Kantonsrat die Begnadigung widerrufen.

C. **Strafregister**

Art. 102

Der Regierungsrat erlässt die Bestimmungen über das Strafregister- Zuständigkeit
ter.

IX. Teil: **Betreibungs- und Konkurswesen**

Art. 103

¹ Der Kanton Schaffhausen besteht aus höchstens vier Betreibungs- Betreibungs-
kreisen mit je einem Betreibungsamt. Dieses hat seinen Sitz ämter
am Kreishauptort.

² Der Regierungsrat setzt nach Anhörung des Obergerichts die Kreise fest, bestimmt deren Hauptorte und weist ihnen die einzelnen Gemeinden zu.

³ Die Betreibungsämter bestehen aus einer Betreibungsbeamtin oder einem Betreibungsbeamten und dem erforderlichen weiteren Personal. Die Stellvertretung der Betreibungsbeamtin oder des Betreibungsbeamten kann einer amtsinternen Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter oder der Betreibungsbeamtin bzw. dem Betreibungsbeamten eines andern Kreises übertragen werden.

⁴ Die Kreishauptorte haben den Betreibungsämtern geeignete Amtslokale und die erforderlichen Archivräume zur Verfügung zu stellen sowie auf ihre Kosten für das nötige Mobiliar und für Heizung und Beleuchtung zu sorgen. Der Kanton liefert die Bürogeräte und das Büromaterial.

Art. 104

¹ Für das ganze Kantonsgebiet besteht ein Konkursamt. Konkursamt

² Es besteht aus einer Konkursbeamtin oder einem Konkursbeamten, einer Stellvertretung und dem erforderlichen weiteren Personal.

Art. 105

Die Mitarbeitenden der Betreibungsämter und des Konkursamts Unvereinbarkeit
dürfen weder Inhaber noch Angestellte einer Geschäftsagentur oder eines Geldgeschäfts noch Mitglieder des Vorstands oder Verwaltungsrats von Geldinstituten sein.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 106

Haftung

Soweit das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs¹⁰⁾ nichts anderes bestimmt, richtet sich die Haftung für die Tätigkeit der in dessen Art. 5 genannten Organe nach dem kantonalen Haftungsgesetz¹⁸⁾.

Art. 107

Gewerbsmässige Vertretung

¹ Die gewerbsmässige Vertretung der Beteiligten in Schuldbetreibungs- und Konkursachen bedarf keiner Bewilligung.

² Das Obergericht kann einer Person die Vertretungstätigkeit verbieten, wenn ihr die berufliche Fähigkeit oder Ehrenhaftigkeit abgeht, insbesondere wegen:

- a) strafrechtlicher Verurteilung für Handlungen, die mit der Vertretungstätigkeit nicht zu vereinbaren sind;
- b) fruchtloser Pfändungen oder Konkurses;
- c) wiederholter mutwilliger oder leichtfertiger Beschwerdeführung.

³ Die Bestimmungen über die Vertretung im gerichtlichen Verfahren bleiben vorbehalten.

Art. 108

Depositenanstalt

Depositenanstalt im Sinn von Art. 24 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs¹⁰⁾ ist die Schaffhauser Kantonalbank.

X. Teil: Schlussbestimmungen

Art. 109

Aufhebungen und Änderungen

Die Aufhebung und die Änderung bisherigen Rechts werden im Anhang geregelt.

Art. 110

Übergangsbestimmungen

Für das Beurkundungs- und Verwaltungsverfahren gelten die Art. 404–407 der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ sinngemäss.

Art. 111

Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 9. November 2009 Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Markus Müller

Die Sekretärin:

Erna Frattini

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts

Aufhebung
bisherigen
Rechts

I.

¹ Die folgenden Gesetze werden aufgehoben:

- a) Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht vom 25. November 1996;
- b) Zivilprozessordnung für den Kanton Schaffhausen vom 3. September 1951;
- c) Gesetz betreffend die Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 23. August 1976;
- d) Strafprozessordnung für den Kanton Schaffhausen vom 15. Dezember 1986;
- e) Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege vom 22. April 1974.

² Die folgenden Dekrete werden aufgehoben:

- a) Dekret betreffend das Kanzleiwesen der Gerichte vom 30. September 1929;
- b) Dekret über die Organisation des Kantonsgerichtes vom 30. März 1998;
- c) Dekret über die Organisation des Obergerichtes vom 4. Dezember 1978;
- d) Dekret über die Organisation des Untersuchungsrichteramtes vom 20. Juni 1988.

Änderung
bisherigen
Rechts

II.

Gesetz über die Haftung des Staates und der Gemeinden sowie ihrer Behördemitglieder und Arbeitnehmer (Haftungsgesetz)

Art. 13 Abs. 1

Die kantonalen Zivilgerichte entscheiden über Ansprüche gegenüber dem Staat. Die Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ sind dabei sinngemäss anwendbar.

Gesetz über den Kantonsrat

Art. 5 Abs. 2

² Die Ratsmitglieder, die Mitglieder des Regierungsrates und des Obergerichtes sowie die Staatsschreiberin oder der Staatsschreiber sind für ihre Äusserungen im Kantonsrat und in dessen Kommissionen nur dem Kantonsrat verantwortlich. Sie dürfen für solche Äusserungen nur dann strafrechtlich verfolgt oder zivilrechtlich belangt werden, wenn der Kantonsrat mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder dazu die Bewilligung erteilt.

Art. 34 Abs. 4

⁴ Die Oberaufsicht ermächtigt den Kantonsrat und seine Organe nicht, Verordnungen, Beschlüsse oder Verfügungen des Regierungsrates und der Verwaltung aufzuheben oder gerichtliche Entscheide zu überprüfen.

Art. 40 Abs. 2

² Zeugnispflicht und Zeugnisverweigerungsrecht richten sich, von der Geheimhaltungspflicht abgesehen, sinngemäss nach der Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾. Ob jemand als Zeugin oder Zeuge oder als Auskunftsperson befragt wird, ist vorweg festzulegen. Personen, gegen die sich die Untersuchung richtet, dürfen nur als Auskunftspersonen befragt werden.

Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)

Art. 5 Abs. 2, 3 und 4

² Der Regierungsrat und die Gemeinden bezeichnen geeignete Personen, die in sinngemässer Anwendung der Vorschriften von Art. 169 ff. und Art. 191 ff. der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ die Beweismittel des Zeugnisses, der Parteibefragung und der Beweisaussage abnehmen können.

³ Wer im Kanton Schaffhausen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben angestellt ist und über die erforderliche Sachkunde verfügt, darf die Ernennung zur oder zum Sachverständigen nur aus wichtigen Gründen ablehnen.

⁴ Sachverständigen werden auf Antrag die Entscheide der Verfahren mitgeteilt, an denen sie beteiligt waren.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 29 Abs. 2 und Abs. 3

² Ist die bedürftige Partei nicht imstande, ihre Sache selbst zu führen, so kann die Rekursinstanz ausserdem der Partei einen sachverständigen Beistand begeben. Wird die unentgeltliche Verbeiständung einer Anwältin oder einem Anwalt übertragen, gelten für das Honorar sinngemäss die entsprechenden Bestimmungen des Justizgesetzes¹⁹⁾.

³ Im Übrigen sind die Vorschriften der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ über die unentgeltliche Rechtspflege sinngemäss anwendbar.

Gliederungstitel I vor Art. 34

Aufgehoben

Art. 34

Allgemeines

Die verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeiten werden im Justizgesetz¹⁹⁾ geregelt.

Gliederungstitel vor Art. 35

C. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren

Art. 35

Geltungsbereich

¹ Die Bestimmungen des Abschnitts C gelten:

- a) für das Verfahren vor dem Obergericht als allgemeinem Verwaltungsgericht und als Verwaltungsgericht auf Spezialgebieten sowie im Kompetenzkonfliktverfahren und ergänzend im Normenkontrollverfahren;
- b) für das Verfahren vor dem Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen;
- c) für das Verfahren vor der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung.

² Vorbehalten bleiben besondere Vorschriften des Bundesrechts und des kantonalen Rechts.

Gliederungstitel vor Art. 36a

Aufgehoben

Art. 36a

Sozialversicherungsrecht

¹ Für das Verfahren vor dem Obergericht als kantonalem Versicherungsgericht und vor dem Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen.

sachen gelten – auch für den Bereich des kantonalen Sozialversicherungsrechts – die Vorschriften von Art. 56 – 61 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts²⁰⁾ in Verbindung mit den nachfolgenden Bestimmungen.

² Das Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen kann zunächst einen Vermittlungsversuch durchführen.

Art. 36b

Für das Verfahren vor dem Obergericht als Steuerrekursbehörde Steuerrecht gelten – gegebenenfalls sinngemäss – für das kantonale Steuerrecht die Vorschriften von Art. 161 ff. des Gesetzes über die direkten Steuern²¹⁾ und für das Bundessteuerrecht die Vorschriften von Art. 140 ff. des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer²²⁾, jeweils in Verbindung mit den nachfolgenden Bestimmungen.

Art. 36c

Aufgehoben

Gliederungstitel vor Art. 37

Aufgehoben

Art. 37

Aufgehoben

Gliederungstitel vor Art. 38

Aufgehoben

Art. 38

¹ Zur berufsmässigen Parteivertretung sind ausser den zur Prozessvertretung berechtigten Anwältinnen und Anwälten befugt: Parteivertretung

- a) qualifizierte Praxen für Sozialversicherungsrecht;
- b) Berufs- und Arbeitersekretärinnen oder -sekretäre sowie Personen in ähnlicher Stellung zur Vertretung von Versicherten in Sozialversicherungsstreitigkeiten;
- c) Treuhänderinnen und Treuhänder in Steuersachen und in sozialversicherungsrechtlichen Beitragsstreitigkeiten.

² Das Gericht kann in diesen Fällen Personen von der Vertretung ausschliessen, wenn es zur gehörigen Wahrung der Interessen der Partei erforderlich erscheint.

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 47 Abs. 2

² Wird der Entscheid ohne schriftliche Begründung eröffnet, weist das Obergericht die Verfahrensbeteiligten darauf hin, dass der Entscheid rechtskräftig wird, wenn innert 30 Tagen keine Partei eine schriftliche Begründung verlangt.

Art. 48 Abs. 1

¹ Für die Kosten- und Entschädigungsfolgen sind die Vorschriften der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ und des Justizgesetzes sinngemäss anwendbar.

Art. 49

Für die Revision von Entscheiden sind die Vorschriften von Art. 328 ff. der Schweizerischen Zivilprozessordnung³⁾ sinngemäss anwendbar.

Art. 50 Abs. 1

¹ Soweit dieser Abschnitt keine besonderen Bestimmungen für das Verfahren enthält, sind die Vorschriften der Schweizerischen Zivilprozessordnung und die Verfahrensbestimmungen des Justizgesetzes¹⁹⁾ sinngemäss anwendbar.

Art. 51

Gesuch

Das Gesuch um Überprüfung von Erlassen kann jederzeit gestellt werden.

Gliederungstitel vor Art. 55a

Aufgehoben

Art. 55a

Aufgehoben

Gesetz betreffend das Anwaltswesen

Titel

Gesetz über das Anwaltswesen (Anwaltsgesetz)

Art. 1 Abs. 1

¹ Dieses Gesetz regelt den Erwerb und den Verlust des Anwaltpatents sowie die anwaltliche Prozessvertretung.

Art. 3

Aufgehoben

Art. 6a

¹ Die Aufsichtsbehörde entzieht der Inhaberin oder dem Inhaber das Anwaltpatent, wenn sie oder er nicht mehr handlungsfähig oder vertrauenswürdig ist und der Schutz der Rechtsuchenden und der Rechtspflege nicht anders gewährleistet werden kann.

Verlust des
Anwaltpatents

² Die Inhaberin oder der Inhaber des Anwaltpatents kann gegenüber der Aufsichtsbehörde schriftlich den Verzicht auf das Anwaltpatent erklären.

Art. 6b

¹ Die Aufsichtsbehörde kann das Anwaltpatent wiedererteilen, wenn die Voraussetzungen für dessen Verlust nicht mehr bestehen und der Schutz der Rechtsuchenden und der Rechtspflege es zulässt. War die Inhaberin oder der Inhaber beim Verlust des Anwaltpatents nicht vertrauenswürdig, kann das Anwaltpatent frühestens nach fünf Jahren wiedererteilt werden.

Wiedererteilung
des Anwalts-
patents

² Die Wiedererteilung ist ausgeschlossen, solange ein strafrechtliches Berufsverbot dauert.

³ Die Aufsichtsbehörde kann die vollständige oder teilweise Wiederholung der Anwaltsprüfung anordnen.

Art. 7a

Der Erwerb und der Verlust des Anwaltpatents sowie die Bewilligung der Substitution werden im Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen veröffentlicht.

Veröffentlichung

Art. 8

Die Konstituierung der Aufsichtsbehörde wird im Justizgesetz ¹⁹⁾ geregelt.

Konstituierung
der Aufsichts-
behörde

Art. 9

Das Verfahren vor der Aufsichtsbehörde richtet sich unter Vorbehalt der folgenden Bestimmungen sinngemäss nach Art. 35 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ⁶⁾.

Verfahren

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 10 Marginalie, Abs. 1 und Abs. 3

Disziplinar- und Patentenzugsverfahren

¹ Die Aufsichtsbehörde leitet von Amts wegen oder auf Anzeige hin das Disziplinar- oder das Patentenzugsverfahren ein. In Bagatellfällen kann sie von der Eröffnung eines Verfahrens absehen.

³ Die Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung ¹⁾ über die Beweismittel und die Kosten- und Entschädigungsfolgen sind sinngemäss anwendbar.

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

Art. 21 Ziff. 1

Die öffentliche Beurkundung wird vollzogen durch

1. das Handelsregisteramt bei:

ZGB ²³⁾

Art. 81 Errichtung einer Stiftung.

2. den Schreiber der Erbschaftsbehörde oder das Amt für Justiz und Gemeinden bei:

ZGB ²³⁾

Art. 184 Abschluss, Abänderung und Aufhebung von Eheverträgen.

Art. 195a Errichtung eines Inventars.

Art. 337 Abschluss des Vertrages über die Begründung einer Gemeinderschaft.

Art. 499/Art. 512 Errichtung von öffentlichen letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen.

Art. 763 Errichtung des Inventars über die Gegenstände einer Nutzniessung.

OR ²⁴⁾

Art. 522 Abschluss von Verpfändungsverträgen.

PartG ²⁵⁾

Art. 20 Abs. 1: Errichtung eines Inventars mit öffentlicher Urkunde.

Art. 25: Abschluss, Abänderung und Aufhebung von Vermögensverträgen.

Art. 23 Abs. 1

¹ Für die öffentliche Beurkundung anderer Rechtsgeschäfte ist das Handelsregisteramt zuständig.

Art. 143 Abs. 3

³ Zuständig zur vorsorglichen Untersagung einer Eintragung ins Handelsregister nach Art. 162 der Handelsregisterverordnung²⁶⁾ ist der Einzelrichter des Kantonsgerichts.

Art. 143a

Zuständig für die Aufnahme von Protesten bei Wechseln, Checks und wechselähnlichen oder anderen Ordrepapieren ist das Handelsregisteramt.

Art. 162

Aufgehoben

Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches

Art. 5

Aufgehoben

Art. 8

Aufgehoben

Art. 26

¹ Die Verfolgung und Beurteilung aller in die Zuständigkeit der Behörden des Kantons Schaffhausen fallenden strafbaren Handlungen richtet sich nach den Vorschriften der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO)¹⁾, der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (JStPO)²⁾ und des Justizgesetzes (JG)¹⁹⁾. Allgemeines

² Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen des Steuergesetzes²¹⁾ sowie die nachfolgenden Bestimmungen.

Art. 30 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 4

¹ Sofern eine Übertretung vorliegt, die gemäss den vorstehenden Bestimmungen in die Strafbefugnis einer Verwaltungsbehörde fällt,

Beschlüsse des Kantonsrates

erlässt das zuständige Departement beziehungsweise der Gemeinderat oder die von diesem bezeichnete Gemeindebehörde eine Bussenverfügung.

² Der Regierungsrat und die Gemeinden bezeichnen Personen, welche Zeugeneinvernahmen nach Art. 177 StPO¹⁾ durchführen können. Die Beschlagnahme (Art. 263 – 268 StPO) und die Durchsuchung (Art. 241 – 250 StPO) können sinngemäss angewandt werden; entsprechende Verfügungen sind mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Obergericht anfechtbar.

⁴ Hält eine nach Art. 27 oder Art. 28 zuständige Verwaltungsbehörde eine ihre Strafbefugnis übersteigende Strafe für geboten oder besteht ein enger Sachzusammenhang zwischen einem kantonalrechtlichen und einem bundesrechtlichen Straftatbestand, so überweist sie den Fall mit einem entsprechenden Antrag an die Staatsanwaltschaft, welche das ordentliche Übertretungsstrafverfahren durchführt. Die Verwaltungsbehörde hat dabei Parteirechte.

Gesetz über den Brandschutz und die Feuerwehr (Brandschutzgesetz; BSG)

Art. 41 Abs. 1 und Abs. 2

¹ Gegen den Entscheid der Kantonalen Feuerpolizei kann innert 20 Tagen Rekurs an die Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz erhoben werden.

² Gegen den Entscheid der Kommission ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Obergericht zulässig. Dieses kann auch die Angemessenheit des Entscheids überprüfen.

Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen (Baugesetz)

Art. 21 Abs. 3

³ Nach Durchführung des Einspracheverfahrens kann gegen den Entscheid des Gemeinderates innert 30 Tagen die Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz angerufen werden. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungsgesetzes¹¹⁾.

Art. 77 Abs. 4

⁴ Gegen den Entscheid des Gemeinderates kann innert 30 Tagen die Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz angerufen werden. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungsgesetzes ¹¹⁾.

Enteignungsgesetz für den Kanton Schaffhausen**Art. 29**

Die Konstituierung der Schätzungskommission wird im Justizgesetz ¹⁹⁾ geregelt. Konstituierung
der Schätzungskommission

Art. 30–31

Aufgehoben

Art. 37 lit. b

Gegen Schätzungsentscheide sind folgende Rechtsmittel zulässig:
b) die Revision in sinngemässer Anwendung von Art. 328 ff. der Schweizerischen Zivilprozessordnung ³⁾.

Art. 39

Aufgehoben

Art. 42

Im Übrigen sind die Bestimmungen über das verwaltungsgerichtliche Verfahren gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz ⁶⁾ auf das Rekursverfahren ergänzend anwendbar. Verfahren

Strassengesetz

In Art. 24 Abs. 2, Art. 48 Abs. 1, Art. 49 Abs. 3 und Art. 58 Abs. 3 wird der Ausdruck «kantonale Schätzungskommission für Enteignungen» durch «Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz» ersetzt. Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft (kantonales Landwirtschaftsgesetz)

Beschlüsse des Kantonsrates

Art. 25 Abs. 2 und Abs. 3

² Bei Güterzusammenlegungen können Verfügungen der zuständigen Organe innert 20 Tagen nach Mitteilung beim Landwirtschaftlichen Schiedsgericht mit Beschwerde angefochten werden.

³ Mit der Beschwerde können alle Mängel des Verfahrens und des angefochtenen Entscheids gerügt werden. In der Regel findet eine Beschwerdeverhandlung statt. Im Übrigen sind die Bestimmungen über das verwaltungsgerichtliche Verfahren gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz⁶⁾ sinngemäss anwendbar.

Kantonales Waldgesetz

In Art. 9 Abs. 2 wird der Ausdruck «kantonale Schätzungskommission für Enteignungen» durch «Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz» ersetzt.

Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Kantonales Jagdgesetz)

Art. 30

Schaden-
ermittlung

¹ Kommt keine Einigung über Berechtigung oder Höhe der Schadenersatzforderung zustande, entscheidet eine aus Sachverständigen zusammengesetzte Schätzungskommission. Deren Konstituierung wird im Justizgesetz geregelt.

² Gegen den Entscheid der Schätzungskommission kann Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Obergericht erhoben werden. Mit der Beschwerde können alle Mängel des Verfahrens und des angefochtenen Entscheids gerügt werden.

Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Schaffhausen (Gebäudeversicherungsgesetz; GebVG)

Art. 39 Abs. 2 und Abs. 3

² Gegen den Entscheid der Kantonalen Gebäudeversicherung kann innert 20 Tagen Rekurs an die Kommission für Enteignungen, Gebäudeversicherung und Brandschutz erhoben werden.

³ Gegen den Entscheid der Kommission ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Obergericht zulässig. Dieses kann auch die Angemessenheit des Entscheids überprüfen.

Fussnoten:

- 1) SR 312.0.
- 2) SR 312.1.
- 3) SR 272.
- 4) Art. 200 Abs. 2 ZPO, SR 272.
- 5) SHR 311.100.
- 6) SHR 172.200.
- 7) SR 311.0.
- 8) SR 142.20.
- 9) SR 312.5.
- 10) SR 281.1.
- 11) SHR 711.100.
- 12) SHR 922.100.
- 13) SHR 173.800.
- 14) SHR 910.100.
- 15) SHR 171.100.
- 16) SR 291.
- 17) SR 0.277.12.
- 18) SHR 170.300.
- 19) SHR ...
- 20) SR 830.1.
- 21) SHR 641.100.
- 22) SR 642.11.
- 23) SR 210.
- 24) SR 220.
- 25) SR 211.231.
- 26) SR 221.411.

Beschlüsse des Kantonsrates

Gesetz über die Änderung von Art. 9 und Art. 12 (Friedensrichteramt) des Justizgesetzes vom 9. November 2009 (Variante)

09-88

vom 9. November 2009

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst als Gesetz:

I.

Das Justizgesetz vom 9. November 2009 wird wie folgt geändert:

Art. 9

¹ Das Friedensrichteramt ist die für den ganzen Kanton zuständige Schlichtungsbehörde bei streitigen Zivilsachen, soweit hierfür nicht eine besondere Schlichtungsbehörde besteht.

Friedensrichter-
amt

² Der Kantonsrat bestimmt die Zahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter und deren Stellenprozente nach Anhörung des Obergerichts.

³ Das Friedensrichteramt behandelt die Fälle in Einerbesetzung.

Art. 12

Die Schlichtungsbehörden haben eine gemeinsame Kanzlei mit dem erforderlichen administrativen Personal.

Sekretariat der
Schlichtungs-
behörden

II.

¹ Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk zusammen mit dem Justizgesetz vom 9. November 2009 in Kraft und ersetzt dort Art. 9 und Art. 12.

² Es ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 9. November 2009

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Markus Müller

Die Sekretärin:

Erna Frattini

Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Definitive Überführung einzelner Dienststellen in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung [WoV])

vom 17. August 2009

Mit der vom Kantonsrat beschlossenen Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 26. Juni 1989 werden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um die bisher als Versuch bewilligte wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) in einzelnen, ausgewählten Dienststellen des Kantons unbefristet weiterführen zu können.

Unter WoV versteht man ein in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts entwickeltes Steuerungs- und Führungsmodell für die öffentlichen Verwaltungen. Volk und Parlament legen durch Verfassung und Gesetz die Leistungen, die von der Regierung und der Verwaltung zu erbringen sind, fest. Neben dieser prioritären Steuerung der staatlichen Tätigkeit durch die Gesetzgebung steuert das Parlament die Staatstätigkeit durch seine Befugnis, das Budget, d.h. die eingesetzten Mittel, festzu-

legen. Das wesentliche Element der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist es nun, die von der Verwaltung zu erbringenden Dienstleistungen in Menge und Qualität festzulegen und mit den dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln, die in einem Globalbudget bewilligt werden, zu verknüpfen. Bei der Steuerung und damit auch bei der Bewilligung der Mittel wird das Schwergewicht auf die angestrebte Wirkung der staatlichen Massnahmen gelegt, d. h. auf das Ziel, das mit ihnen erreicht werden soll. Damit wird mess- und beeinflussbar, welcher Aufwand erforderlich ist, um die angestrebte Wirkung zu erzielen. Die Kosten- und Leistungsrechnung sowie das Controlling ergänzen das Modell, das in der Zwischenzeit in der Mehrheit der Schweizer Kantone eingeführt wurde.

Im Kanton Schaffhausen wurde 1997 vorerst mit vier Dienststellen ein Versuchsbetrieb mit dem neuen

Modell gestartet, der 1998 auf zehn Dienststellen erweitert wurde. Aufgrund der guten Erfahrungen schlug der Regierungsrat 2004 die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der ganzen kantonalen Verwaltung vor, verbunden mit weiteren Instrumenten zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung. Der Kantonsrat hiess die entsprechende Gesetzesvorlage gut; sie wurde indessen in der Volksabstimmung vom 27. November 2005 verworfen, vor allem mit dem Argument, dass eine umfassende Einführung nicht geeignet und der entsprechende finanzielle Initialaufwand nicht gerechtfertigt sei.

Aufgrund des Votums des Souveräns war darüber zu entscheiden, ob der Versuch abgebrochen und wieder vollständig zur konventionellen Verwaltungsführung zurückgekehrt werden solle oder ob WoV in ausgewählten und geeigneten Dienststellen unbefristet weiterzuführen sei. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen einerseits und der weiteren Abklärungen andererseits entschloss sich der Regierungsrat, dem Kantonsrat die definitive Überführung einzelner Dienststellen in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung und die entsprechende Anpas-

sung des Finanzhaushaltsgesetzes vorzuschlagen. Im Gegensatz zur zuvor vorgesehenen flächendeckenden Einführung ist dies mit keinen Mehrausgaben verbunden, weil auf den bereits geschaffenen Grundlagen aufgebaut werden kann.

Die Diskussionen im Kantonsrat waren kontrovers. Die Gegner der Vorlage bezweifelten namentlich den Nutzen und waren der Meinung, dass nicht die eingesetzten Instrumente, sondern die Führung entscheidend dafür sei, ob die staatlichen Aufgaben wirtschaftlich erfüllt würden. Die befürwortenden Ratsmitglieder stellten dem den Nutzen der Kosten- und Leistungsrechnung gegenüber, der für die Entscheide auch im Parlament und damit für die Steuerung im Rahmen des Budgets umfassende Informationen zur Verfügung stelle und damit einen wesentlichen Mehrwert bedeute.

Schliesslich stimmte der Kantonsrat am 17. August 2009 dem Vorschlag beziehungsweise der Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes mit 38 zu 15 Stimmen zu. Er empfiehlt Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Vorlage zur Annahme.

Ausgangslage

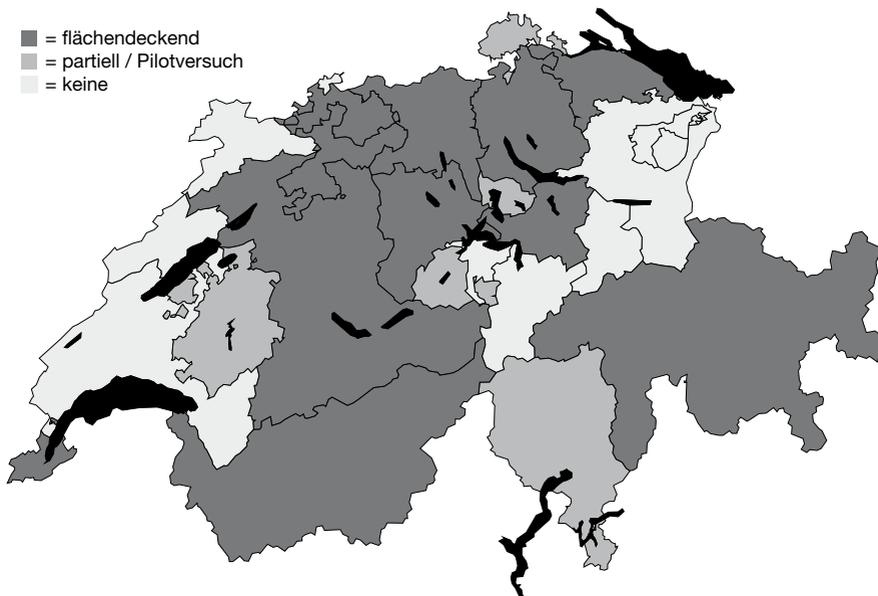
Die wirtschaftliche Krise in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts und die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten in den öffentlichen Haushalten lösten in zahlreichen Kantonen Verwaltungsreformen aus. Eines dieser Reformvorhaben ist ein neues Steuerungs- und Führungsmodell für die öffentlichen Verwaltungen, das unter den Bezeichnungen «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)» oder auch «New Public Management» bekannt wurde. Zwischen den einzelnen Kantonen, welche dieses Modell eingeführt haben, gibt es Unterschiede in der Umsetzung. Gemeinsam ist allen diesen Bestrebungen indessen die – gegenüber den herkömmlichen Steuerungsinstrumenten – vermehrte Wirkungsorientierung der staatlichen Tätigkeit, die Stärkung der Staatsleitung durch Parlament und Regierung sowie die Flexibilisierung der Verwaltungsführung. Diese neuen Steuerungselemente werden mehr und mehr zum Standard. Sie sind heute in der Mehrheit der Kantone vollumfänglich oder partiell eingeführt (vgl. Grafik).

Im Kanton Schaffhausen entschied

sich der Regierungsrat 1995 für einen befristeten Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, um die Tauglichkeit des Modells beurteilen zu können. Weil die staatliche Tätigkeit auf gesetzlichen Grundlagen beruht, war die Ergänzung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) durch die Einfügung eines Gesetzesartikels notwendig, der den befristeten Versuch ermöglichte. Mit der Zustimmung zu jener Gesetzesvorlage durch den Kantonsrat am 16. September 1996 und nachdem das Referendum nicht ergriffen worden war, waren die Voraussetzungen gegeben, um am 1. Januar 1997 vorerst vier Pilotdienststellen der kantonalen Verwaltung (Drucksachen- und Materialverwaltung, Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, Amt für Lebensmittelkontrolle und Umweltschutz, Steuerverwaltung) mit Globalbudgets und Leistungsauftrag zu führen. Auf den 1. Januar 1998 wurden sechs weitere Dienststellen (Ausländeramt, Berufsbildungsamt, Schulzahnklinik, Kantonsforstamt, Vermessungsamt und die Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverar-

Steuerung mit WoV in den Kantonen

(Stand: 24.01.2008, Quelle: EFD, Martin Heimgartner / Andreas Dietrich 18. Dezember 2008)



beitung [KSD]) in den Versuchsbetrieb einbezogen. Voraus ging bei allen Dienststellen die sorgfältige Umschreibung der Aufgaben. Gestützt auf definierte Leistungen und Leistungsanforderungen wurden die erforderlichen Mittel global bewilligt. Im Gegensatz zum ordentlichen Staatsvoranschlag, mit dem für einzelne Aufwände wie Personalaufwand und Sachaufwand ein genauer Betrag bewilligt wird, bemisst sich

das Globalbudget anhand der konkreten Aufgaben und Ziele, d. h. am definierten «Leistungspaket».

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Versuchsbetrieben schlug der Regierungsrat dem Kantonsrat mit der Vorlage vom 23. November 2004 die Schaffung eines Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (WoV-Gesetz) vor. Ähnlich wie in an-

deren Kantonen sollte dabei die Gesamtplanung der staatlichen Tätigkeit verstärkt werden durch eine integrierte Aufgaben- und Finanzplanung, die Einführung von Kosten- und Leistungsrechnungen sowie von Globalbudgets nicht nur für die bisherigen WoV-Dienststellen, sondern generell für die kantonale Verwaltung, verbunden mit einem Controlling über die Leistungen, die Wirkungen sowie die Finanzen. In der Volksabstimmung vom 27. November 2005 wurde das Gesetz indessen verworfen. Vor und nach der Volksabstimmung wurde von den Gegnern der Vorlage zum Ausdruck gebracht, dass sich die Ablehnung nicht gegen die Instrumente der WoV an sich richte beziehungsweise gerichtet habe, sondern vor allem gegen die flächendeckende Gesamtführung, deren Nutzen zu wenig konkretisiert sei und sich gegenüber den Kosten der Einführung nicht rechtfertige.

Weil die gesetzlichen Grundlagen nur einen Versuchsbetrieb erlaubten, stellt sich mit der Ablehnung der flächendeckenden Einführung somit die Frage, ob die Dienststellen, welche nun über Jahre mit positiven Erfahrungen mit Globalbudgets und Kosten- und Leistungsrechnung ge-

führt wurden, wieder in der herkömmlichen Form zu führen seien oder ob die gesetzliche Grundlage für die unbefristete Weiterführung des WoV-Betriebes in einzelnen Dienststellen geschaffen werden solle. Der Regierungsrat entschied sich für das Letztere, vor allem weil sich die Gegner der früheren Vorlage nicht gegen die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung an sich, sondern lediglich gegen die flächendeckende Einführung ausgesprochen hatten. Weil zudem auf bereits vorhandene Grundlagen abgestellt werden kann, ist die partielle, definitive Einführung mit keinen Mehrkosten verbunden.

Die Vorlage im Einzelnen

Gegenstand der am 26. Juni 2007 dem Kantonsrat unterbreiteten Vorlage ist die Schaffung der rechtlichen Grundlagen, um einzelne Dienststellen der kantonalen Verwaltung auch in Zukunft nach dem Modell der wirkungsorientierten Verwaltungsführung steuern zu können. Konkret geht es um eine Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes, d. h. die Art. 31a bis 31c, welche ermöglichen, für die vom Kantonsrat bestimmten Dienststellen von den ordentlichen rechtlichen Grundlagen über die Erstellung des Voranschlags und der Staatsrechnung abzuweichen, und die Grundlage für die bei diesem Modell erforderliche Kosten- und Leistungsrechnung bilden. Das Finanzhaushaltsgesetz gilt nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden. Deshalb wird für diese ebenfalls die Möglichkeit geschaffen, für einzelne Verwaltungsbereiche Globalbudgets mit Leistungsaufträgen vorzusehen, wenn der Gemeindegesetzgeber, d. h. die Gemeindeversammlung oder der Einwohnerrat, unter Vorbehalt des Referendums dies beschliesst. Das Finanzhaushaltsgesetz gibt somit nur den Rahmen; es

ist Sache der Gemeinde, ihn gegebenenfalls auszufüllen.

Nicht der Volksabstimmung untersteht die dem Kantonsrat gleichzeitig beantragte Änderung seiner Geschäftsordnung. Sie ist indessen ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der Weiterführung von WoV, weil damit die Möglichkeiten des Kantonsrates verstärkt werden, um gezielt auf den Leistungsauftrag von Dienststellen mit Globalbudget einzuwirken. Wenn Globalbudgets verbunden mit einem definierten Leistungsauftrag vorgesehen sind, kann der Eindruck entstehen, es würden dadurch die Rechte des Kantonsrates bei der Bewilligung des Staatsvoranschlags beschnitten, weil nicht einfach mit der Reduktion oder der Streichung einer bestimmten Budgetposition eingegriffen werden kann, ohne den Leistungsauftrag entsprechend der Veränderung der dafür bereitgestellten Mittel anzupassen. Deshalb muss die Möglichkeit bestehen, konkret auf den Leistungsauftrag Einfluss zu nehmen.

Ebenfalls von Bedeutung sind die

Vorstellungen darüber, welche Dienststellen künftig nach dem WoV-Modell weitergeführt werden sollen. Hier nahm der Regierungsrat eine Neubeurteilung vor: Zu den bereits bisher unter diesem System geführten Dienststellen (Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, Steuerverwaltung, Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Zahnklinik, Kantonsforstamt, Vermessungsamt, Kanton und Stadt Datenverarbeitung [KSD]) sollen noch das Tiefbauamt, die Feuerpolizei und die Finanzkontrolle kommen sowie, je nach dem künftigen Status, das Amt für Lebensmittelkontrolle und Umweltschutz (ALU). Nicht mehr als WoV-Dienststellen sollen demgegenüber die Drucksachen- und Materialverwaltung und das Ausländeramt geführt werden. Damit wird gestützt auf die gewonnenen Erfahrungen eine Bereinigung vorgenommen, indem WoV dort eingesetzt wird, wo aufgrund der Aufgaben, der Zielgruppen, für welche die Leistungen erbracht werden, der Wirkung gegen aussen, der Art der Leistungen sowie der finanziellen Verhältnisse, des Handlungsspielraums bei der Aufgabenerfüllung und des Volumens (Umsatz) festgestellt werden kann, dass es sinnvoll ist und die Investition in die Um-

stellung sich lohnen wird. Weil zudem auf bereits vorhandenen Vorarbeiten aufgebaut werden kann, entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Die Diskussionen in der vorberatenden Kommission des Kantonsrates verliefen kontrovers. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder stand WoV befürwortend gegenüber, während eine Minderheit sich mit dem neuen Modell nicht anfreunden konnte und vollumfänglich zur bisherigen Form der Verwaltungsführung zurückkehren wollte. Schliesslich folgte der Kantonsrat am 31. März 2008 dem Antrag der vorberatenden Kommission, die Vorlage sei zu sistieren und nach den Gesamterneuerungswahlen und der Verkleinerung des Kantonsrates 2009 weiterzuberaten.

Nach der Wiederaufnahme der Beratungen stand wiederum eine befürwortende Mehrheit einer ablehnenden Minderheit gegenüber, die ganz auf WoV verzichten wollte. Die befürwortenden Mitglieder des Kantonsrates wiesen darauf hin, dass durch die Verknüpfung der Leistungen mit dem Globalbudget beziehungsweise mit der Rechnung auch für den Kantonsrat deutlich verbesserte Informationen zur Verfügung stünden, um über die staatlichen Dienstleistungen und die dafür einzusetzenden Mittel zu entscheiden. Es wurde auch auf die Wichtigkeit einer Kosten- und Leis-

tungsrechnung, die auch in der Privatwirtschaft ein unverzichtbares Instrument darstellt, hingewiesen. Ins Gewicht fiel zudem, dass aufgrund der bereits geleisteten Vorarbeiten mit keinen zusätzlichen Kosten zu rechnen ist.

Die Gegner der definitiven Überführung bestimmter Dienststellen in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung sind überzeugt, dass die Einflussmöglichkeiten des Parlaments stark eingeschränkt würden und man sich teilweise der Verantwortung entziehe. Zudem habe das Stimmvolk bereits einmal die flächendeckende Einführung von WoV abgelehnt. Auch wurde das Argument vorgebracht, dass es nicht sinnvoll sei, innerhalb der Verwaltung zwei verschiedene Rechnungsmodelle zu führen.

In der Schlussabstimmung sprach sich der Kantonsrat mit 38 zu 15 Stimmen für die Vorlage aus. Er empfiehlt Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, der Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Definitive Überführung einzelner Dienststellen in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung [WoV]) zuzustimmen. Mit der Vorlage werden die in einem inzwischen

Erwägungen des Kantonsrates

mehr als 12 Jahre alten Versuchs-
betrieb gewonnenen positiven Er-
fahrungen mit der wirkungsorientier-
ten Verwaltungsführung in einzelnen,
speziell dafür geeigneten kantonalen
Dienststellen fortgeführt.

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:
Markus Müller

Die Sekretärin:
Erna Frattini

Gesetz 09-90 **über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz)**

Änderung vom 17. August 2009

Der Kantonsrat Schaffhausen

beschliesst:

I.

Das Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 26. Juni 1989 wird wie folgt geändert:

Art. 31a

¹ Es können für einzelne Dienststellen Globalbudgets mit entsprechenden Leistungsaufträgen beschlossen werden. Der Kantonsrat bezeichnet die entsprechenden Dienststellen.

Globalbudgets
und Leistungs-
aufträge

² Das Globalbudget wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag der einzelnen Dienststelle festgesetzt. Das Globalbudget gibt entweder die Berechtigung, bis zum beschlossenen Betrag einen Aufwandüberschuss zu verursachen, oder die Verpflichtung, einen Ertragsüberschuss zu erzielen.

³ Bei einer Änderung des Leistungsauftrages oder der Leistungen ist das Globalbudget entsprechend anzupassen. Soweit bei den Beratungen des Voranschlages Änderungen des Leistungsauftrages oder des Globalbudgets beantragt werden, hat der Regierungsrat die Auswirkungen des Antrages aufzuzeigen.

⁴ Die Rechnung zu den Globalbudgets umfasst auch einen Rechenschaftsbericht über die erbrachten Leistungen und wird in einem Geschäftsbericht dargestellt.

Art. 31b

¹ Ein Globalbudget verfällt am Ende des Rechnungsjahres. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Globalbudget dafür eingestellten, aber

Verfall des
Globalbudgets

Beschluss des Kantonsrates

noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden. Wird das Vorhaben nicht weiterverfolgt, verfällt die Kreditübertragung.

² Bestand und Veränderungen von Kreditübertragungen werden mit entsprechender Begründung dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht.

Art. 31c

Kosten-
Leistungs-
Rechnung

¹ In den Dienststellen mit Globalbudgets und Leistungsaufträgen wird Aufwand und Ertrag in einer Kosten-Leistungs-Rechnung erfasst und den Leistungen zugeordnet.

² Der Regierungsrat regelt das Nähere. Er kann Ausnahmen vom Grundsatz in Absatz 1 vorsehen.

Art. 31d

Globalbudgets
und Leistungs-
aufträge in den
Gemeinden

¹ Die Gemeinden regeln die unbefristete Einführung von Globalbudgets und Leistungsaufträgen in einem allgemeinverbindlichen Erlass, welcher der Genehmigung des für die Gemeindeangelegenheiten zuständigen Departementes bedarf.

² Massgebend für die Gemeinderechnung sind die Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes und des Gemeindegesetzes. Die Gemeinden können für den Voranschlag beziehungsweise für die Rechnungslegung für einzelne Amtsstellen, Anstalten und Betriebe mit Globalbudgets und Leistungsaufträgen vom Kontenplan (Art. 80 Gemeindegesetz) abweichen.

II.

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Dieses Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 17. August 2009

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:

Markus Müller

Die Sekretärin:

Erna Frattini